

P r o t o k o l l
über 2. Tagung des Ausschusses JUNGE UNION in Deutschland

1. Tag: 28.5.1947, 12 Uhr.

L o r e n z , Leiter der JUNGEN UNION Berlins, eröffnet die Konferenz und führt einleitend aus, dass die Versammlung sich klar darüber werden müsste, auf welchem Wege und inwieweit Verlautbarungen über die Tagung nach aussen kommen sollen. Die Presse sei grundsätzlich nicht zugelassen. Ein Presseausschuss könne sich aus Vertretern der Parteipresse zusammensetzen. Dieser Ausschuss habe die Aufgabe, das, was herausgegeben werden solle, zu formulieren.

Zur Geschäftsordnung wird beantragt, zunächst die Wahl des Vorsitzenden für diese Tagung vorzunehmen. Es wird als Vorsitzender L o r e n z vorgeschlagen. Der Vorschlag wird von Württemberg unterstützt. S a g n e r beantragt, nicht nur die Tagungsleitung für den einen Tag zu wählen, sondern für die gesamte Tagung ein Präsidium zu berufen von etwa 5 Personen, das von sich aus jeden 1/2 Tag in der Tagungsleitung wechselt. Obgleich die Zustimmung der meisten Tagungsteilnehmer zu diesem Antrag zu erkennen ist, wird der Antrag gestellt, zunächst den Leiter für den ersten Tag zu wählen, dann über die Wahl eines Präsidiums abzustimmen. S a g n e r bleibt jedoch bei seinem Antrag, der nach Abstimmung angenommen wird. Für das Präsidium vorgeschlagen werden die Herren:

Bruno Six, Düsseldorf,
Fred Sagner, Berlin
Peter Lorenz, Berlin
Haunhorst, Bayern,
Krezdorn, Süd-Württemberg,
Frl. Bubner, Thüringen,
Huber, Baden.

K l a u c k , Berlin, stellt den Antrag, dieses an sich nur für 5 Personen vorgesehene Gremium auf 7 Personen zu erweitern. Der Antrag wird angenommen. Es wird gegen 1 Stimme beschlossen, das Präsidium in der vorgeschlagenen Zusammensetzung mit der künftigen Versammlungsleitung zu betrauen. Die jeweilige Tagungsleitung soll innerhalb des Präsidiums beschlossen werden. Für den 28.5. wird L o r e n z , Berlin, mit der Versammlungsleitung beauftragt.

L o r e n z übernimmt die Versammlungsleitung und gibt zunächst Kenntnis, dass die hessische Delegation sowie Herr Strickstrak an der Sitzung leider nicht teilnehmen können. Er gibt weiter eine Einladung der amerikanischen Militärregierung zu einem Empfang am Nachmittag bekannt und stellt zur Diskussion, ob die Einladung wegen der Kürze der dann noch für die Tagung zur Verfügung stehenden Zeit angenommen werden soll. Die Diskussion ergibt, unter allen Umständen diese Einladung anzunehmen. Evtl. könne nach diesem Empfang noch weiter diskutiert werden.

Zur Geschäftsordnung wird beantragt, zunächst den Presseausschuss zu bilden. Vorgeschlagen und gewählt werden:

Scheidemann, Schleswig-Holstein,
Pressereferent von Hamburg;
Edith-Marga Lindner, Berlin,
Ziegler, Süd-Baden,
Franke, Bayern.

Zur Tagesordnung erklärt Herr Butterhof, Bayern, dass das brennendste Problem die Frage der zukünftigen Gestaltung Deutschlands sei. Diese Frage dürfe nicht erst am Schluss behandelt werden. Es bestehe dann erneut die Gefahr wie in Königstein, dass man nicht zu einer wirklichen Behandlung dieses Themas komme. Er stellt daher den Antrag, am 2. Tag (Donnerstag, 29.5.1947) über das Referat "Der neue Staatsaufbau" zu diskutieren und unter diesem Hauptpunkt auch die wirtschaftlichen und sozialen Fragen als Unterpunkte zu behandeln. Diese Debatte könne dann am Freitag fortgesetzt werden.

Herr R o m b a c h , Nordrhein-Westfalen, erklärt, es sei doppelte Arbeit, wenn sich die JUNGE UNION um die Herausarbeitung von Dingen bemühe, die bereits in den Ausschüssen der UNION sowie in der Arbeitsgemeinschaft CSU/CDU. bearbeitet werden. Zunächst sollte die JUNGE UNION festzustellen versuchen, was dort bereits verhandelt wurde und zu welchen Ergebnissen man gekommen sei.

Hierzu erklärt Herr Butterhof, Bayern, dass die Heppenheimer Entwürfe, die sich in Händen der JUNGEN UNION befänden, wohl als brauchbare Verhandlungsbasis, aber nicht als mehr bezeichnet werden könnten. Es sei notwendig, dass sich hierzu jedes Gremium der Union äussere. Der Standpunkt der JUNGEN UNION stehe noch aus.

K l a u c k , Berlin, fügt hinzu, dass die JUNGE UNION unter ganz anderen Gesichtspunkten an die Dinge herangehen werde als die älteren Parteifreunde. Deshalb sei es ausserordentlich wichtig, dass auch die JUNGE UNION ihren Standpunkt hierzu zur Geltung bringe. Klauck ist weiter der Auffassung, dass es unmöglich sei, die Fragen über Wirtschaftsstruktur usw. als Unterpunkte zu behandeln. Er stellt daher den Antrag, die Wirtschaftsfragen als 3. Punkt der Tagesordnung am Freitag zu behandeln, auch auf die Gefahr hin, dass dann einige Fragen bei der Verfassung hinsichtlich der Wirtschaftsprobleme nicht endgültig behandelt werden können. Die Wirtschaftsfragen seien nicht das allein Entscheidende für die Verfassung.

Herr R o m b a c h stellt den Antrag, den Vorschlag von Königstein hinsichtlich der Bildung eines Verfassungsausschusses innerhalb der JUNGEN UNION, der wirklich von Fachleuten besetzt wird, erneut aufzugreifen.

Den Abschluss der Debatte bildet die einstimmige Annahme des Antrages, die beiden Referate vom Donnerstag und Freitag auszutauschen in der Weise, dass bereits am Donnerstag in die Behandlung des Themas "Der neue Staatsaufbau" eingetreten wird.

L o r e n z bittet dann Herrn S i x , Düsseldorf, mit seinem Referat "Die geistige Situation unserer Zeit" zu beginnen. In die Diskussion werde dann nach dem Mittagessen eingetreten.

Referat Dr. S i x :

Es mag eine Frage sein, ob man zu Beginn einer politischen Tagung ein Referat über die geistige Situation halten soll oder nicht. Es mag Situationen geben, wo dieses vollständig überflüssig ist. Es mag auch Länder geben, in denen ein solches Referat überflüssig wäre. Unsere deutsche Situation scheint mir anders zu sein. Wir Deutsche gelten als belastet mit metaphysischen Anschauungen, Erwägungen, Begründungen usw. Wir Deutschen leiden darunter. Wir können dieses Erbe unserer Väter nicht einfach ausschalten und von heute auf morgen über Bord werfen. Unsere Politik wäre leichter, wenn sie sich nur mit den oberflächlichen Begebenheiten zu beschäftigen brauche. Unsere deutsche Seele ist jedoch so reich und so tiefgründig, dass wir immer wieder versuchen, zu den letzten Dingen vorzustossen. Politisch

das eine Belastung, menschlich jedoch eine Bereicherung. Würden wir die Dinge plötzlich nur oberflächlich sehen, würden wir doch nicht zu einer erfolgreichen Politik kommen. Würde diese nationale Belastung ausgeschaltet werden, würde unsere politische Geschichte wahrscheinlich auch nicht besser werden. In einer Zeit, wo alles um und in uns aufgewühlt ist, können wir nicht darauf verzichten, ohne einen Überblick über die geistige Lage an die Ordnung im öffentlichen Leben heranzugehen. Das ist ja schliesslich Politik. Es handelt sich darum, einen kurzen Überblick über unsere geistige Situation zu bekommen, die geistigen Grundkräfte zu erkennen, die gegenwärtig in unserem Volke massgebend sind, und daraus das zu gewinnen, was für die Politik der jungen Generation ausschlaggebend sein wird, die geistigen Mittel zu sehen, die wir brauchen, um ein neues Deutschland aufbauen zu können. Wir sind nicht einfach der Nachwuchs einer politischen Partei, sondern wir sind eine politische Bewegung. Wir sind die Partei von morgen, und es ist sehr leicht möglich, dass wir über diese Partei von heute wesentlich hinausgehen müssen. Festzustellen, ob die geistigen Kräfte in uns noch lebendig sind oder ob sie überhaupt erst gesucht werden müssen, ist der Sinn des Referats. Deshalb ist es auch richtig, das Referat an den Anfang einer Tagung zu stellen. Zuerst muss man wissen, nach welchen Richtmassen das Haus gebaut werden soll. Dann kann eine Seele in dieses Haus hineinwachsen.

Die theoretischen Wissenschaften Philosophie und Theologie, sind der tiefste Grund des geistigen Lebens. Es entsteht die Frage, ob es so etwas überhaupt schon in Deutschland gibt. Ein organisiertes Geistesleben ist ein Unding, weil sich der Geist nicht organisieren lässt. (Beispiel Nationalsozialismus, Napoleon). Es sind jetzt nicht mehr die Waffen eines Kriegshandwerks, aber die Waffen einer grossen physischen Not, die das geistige Leben niederhalten. Es wird jedem Beobachter in Deutschland jedoch auffallen, dass sich in Deutschland wieder ein geistiges Leben trotz aller Not und Bedrängnis entwickelt. Besonders die Universitäten geben davon ein Zeugnis. Unter welchen Opfern die Studenten die Vorlesungen besuchen, ist allen der beste Beweis dafür, dass das geistige Leben nicht Ausdruck der ökonomischen Verhältnisse ist, sondern etwas durchaus Eigenständiges und Notwendiges, dass zwar die ökonomischen Verhältnisse auf das geistige Leben einwirken, es aber nicht niederhalten können.

In der Philosophie ist die Existenzphilosophie vorherrschend. Es ist die Philosophie, die sich mit der menschlichen Existenz beschäftigt, mit der Frage, ob die menschliche Existenz überhaupt das letzte ist, ob der Mensch sich in der Existenz begreift und vollzieht. Für unsere so bedrohte Existenz in sämtlichen Schichten des menschlichen Lebens ist die Frage nach dem Sinn des menschlichen Lebens wieder besonders brennend geworden. Durch diese Tatsache wächst die ganze Menschheit in der Erkenntnis, dass der letzte Sinn des menschlichen Lebens nach diesem Kriege und mit diesen Bedrohungen, vor denen wir vielleicht stehen, ganz besonders beachtet und druchgearbeitet werden muss. Die beste Begründung für die Existenzphilosophie ist die Atombombe. Aus dieser Existenznot des Menschen erwächst auf der einen Seite der Verzicht auf die Existenz derjenigen, die herausgehen aus diesem Leben oder dahinvegetieren, auf der anderen Seite aber die noch viel stärkere Lebensbejahung.

Die Theologie schliesst sich diesen Fragen an. Es sind die Fragen nach dem praktischen Christentum, nach dem Antlitz der Kirche (Frankfurter Hefte, Ida Friderike Görres), nach der praktischen Gestaltung dieser Existenz, nach der Auswirkung des Christentums in unseren Tagen, die die Menschen bewegen. Nicht zuletzt wird immer wieder die Frage nach der Una sancta aufgeworfen, das Bemühen, auch im Theologischen wieder zusammenzukommen. In der Politik ist dieses Problem -4-

durch unsere Union gelöst. Man versucht, diese Frage auch in Kulturelle hineinzutragen. Das ist aber eine Frage der Generationen und der Jahrhunderte und nicht eines Menschenlebens.

Zur Frage der Erziehung und Formung des Menschen, zur Pädagogik, Schulreform usw.:

Die Frage der Erziehung des Menschen spielt besonders da eine Rolle, wo eine Umerziehung erfolgen soll, eine Umerziehung aus Lebensgewohnheiten und Anschauungen heraus, die durch Generationen in unserem Volke verwurzelt sind, zu etwas, was wir selbst noch nicht wissen, was wir erspüren, aber noch nicht beispielhaft vorleben können und uns auch nicht vorgelebt wird, die Umerziehung zu etwas, was wieder eine Arbeit von Generationen sein wird aus dem Kürassierstiefel den verantwortungsbewussten Demokraten zu machen. Konkrete Vorbilder dafür gibt es nicht. Man bemüht sich, das alte Antlitz wieder lebendig zu machen. Die Schriften der antiken und griechischen Philosophie sind Wege, die uns helfen können. Hinweise auf andere Länder mögen ebenfalls behilflich sein. Ein Rezept zur Erziehung des deutschen Menschen zur Demokratie gibt es bis heute nicht, kann man auch nicht erwarten, so sehr wir uns gerade als politische Partei in diese Dinge einschalten müssen. Die Frage ist, wie gelingt es, unsere jungen Menschen zum Interesse für das öffentliche Leben zu bringen. Das Schulwesen in Deutschland ist etwas gewesen, was den jungen Menschen ganz gewältig geformt hat und ihn nicht schlecht geformt hat. Nicht durch die Erziehung in unseren Schulen ist der Militarismus und Nationalsozialismus gross geworden. Auf dem Gebiete der Schulen sorgt man jetzt mit allen Kräften dafür, dass der nationalsozialistische Geist nicht fortgesetzt wird. Leider ist kein einheitlicher Weg für die Schulen in Deutschland zu erreichen gewesen. Unter dem einheitlichen Weg ist keine einheitliche Norm für ganz Deutschland zu verstehen, sondern eine Abstimmung der verschiedenen Gebiete, um das Schulwesen so zu gestalten, dass ein einheitlicher Zug erkennbar ist.

Zunächst erhebt sich die Frage, ob die Volksschule oder Grundschule diejenige Schule ist, die von Anfang bis Ende durchlaufen werden muss und die massgebende Bildung des Volkes darstellt oder ob darüber hinaus eine Art von höherer Schule eingerichtet werden soll, die möglichst allen zugute kommt, die also die gesamte Masse des Volkes hebt, die darauf verzichtet, sich bewusst an eine intelligente Schicht zu wenden, sodass von vornherein alle die Möglichkeit haben, diese Schule zu durchlaufen. Die zweite Möglichkeit wäre, nur einer Schicht mit besonderer Begabung die Möglichkeit einer höheren Schulbildung zu geben und die übrigen mit einer guten Grundbildung zu versehen. In der Ostzone ist man den Weg gegangen, dass die Grundschule für alle ausreichend sein soll, dass von der Grundschule der Sprung zur Universität gemacht werden kann. In anderen Zonen ist man diesen Weg nicht gegangen. Man steht auf dem Standpunkt, dass das höhere Wissen eben nur denjenigen gegeben werden soll, die eine besondere Vorbildung dafür bekommen haben, dass eine Grundschule eben nur das Wissen vermitteln soll, das der Einzelne ungefähr braucht. Aus diesen Grundanschauungen haben sich scharfe Kämpfe ergeben um die Aufgabe der Schule. Die Erfahrung unseres Deutschen Volkes ist wohl eigentlich die, dass zu einer guten Volksschule- oder Grundschulbildung je nach der Leistungsfähigkeit des Einzelnen und seiner eigenen Wahl die Möglichkeit bestehen soll, in die tieferen Schichten der Bildung vorzudringen. Das soll den geistig Fähigsten vorbehalten bleiben. Es muss dann jedem die Möglichkeit gegeben werden, ohne Rücksicht auf seine soziale Herkunft und wirtschaftlichen Mittel sich den Zugang zu höherer Bildung zu verschaffen. Von einer solchen kleinen, aber gründlich vorgebildeten Schicht kann das Bildungsgut umso wir-

kungsvoller in das ganze Volk hineingetragen werden. Das ist die bisherige Erfahrung des deutschen Volkes, mit der es gut gefahren ist.

Mit der Frage der Schulen und Erziehung hängt zusammen die Frage der Jugendbewegung. Wir hatten in Deutschland eine machtvolle Jugendbewegung. Sie ist durch das 1000jährige Reich restlos kaputtgeschlagen worden. Wir sehen neue Ansätze. Man kann aber nach 2 Jahren nicht verlangen, dass sich schon bestimmte Dinge herauskristallisieren. Eine Jugendbewegung darf nicht künstlich von oben her in die Jugend hineingetragen werden. Jugendbewegung muss aus dem Erleben der Jugend, aus dem Gespür der Jugend selbst herauswachsen. Das ist in Deutschland bis heute noch nicht zu erkennen. Die Jugend unter 20 Jahren tritt den Dringen vollständig neu gegeben über. Die übrigen sind in diesem Sinne keine Jugend mehr. Wir müssen überhaupt das Augenmerk der älteren Generation viel stärker darauf richten, dass es im Deutschland von heute eine junge Generation in dem Sinne von vor 1933 nicht mehr gibt. Die Jugend über 20 besteht aus gereiften Männern und gereiften Frauen. Die letzten Jahre waren für die junge Generation so schwer, dass diese Jugend eine viel grössere Reife und ein viel grösseres Alter hat, als es in normalen Zeiten der Fall ist. Die Todesnot der Kriegsjahre zeichnet das Antlitz der Jugend. Die ältere Generation sieht das zunächst nicht. Es ist aber notwendig, dass sie es sieht, weil sich sonst Konflikte ergeben. Wenn das Plakatekleben von der Jugend einer politischen Partei als notwendige Vorstufe für Ministerämter verlangt wird, ist das nicht zu be- dauern; man sollte aber auch einsehen, dass bereits diese Vergangen- heit unserer jungen Generation in den letzten Jahren des Krieges eine gewisse Vorstufe zu Ministerämtern darstellt. Jugendbewegungen, die wieder in die Jugend hineingetragen werden und wo man eigentlich auf die Resonanz warten muss, sind genug vorhanden. Ich rechne eine politische Bewegung nicht zu einer Jugendbewegung. Jugendbewegung will das Leben der Jugend gestalten, auf die kulturelle Sphäre eines Volkes Einfluss nehmen. Es fällt mir auf, dass trotz des starken Zuges zum Wandern in unserer Jugend sich eine eigentliche Wandervo- gel- oder Pfadfinderbewegung bis heute nicht durchgesetzt hat. Es mag sein, dass die ökonomischen Verhältnisse diese Dinge zu sehr ge- hindert haben, oder aber es hat sich in unserer Jugend unter 20 Jah- ren ein gewisser geistiger Wandel vollzogen. Welche Folgerungen für die Zukunft sind daraus zu ziehen? Diese Dinge bedürfen einer ge- nauen Untersuchung in der Diskussion. - Versuche, die Jugend durch De- battierklubs und ähnliche Dinge anzuregen, werden sich in Deutsch- land auf die Dauer nicht durchsetzen. Sie finden im Augenblick Inter- esse, werden aber bald wieder ins Nichts zurückfallen. Ein Anknüpfen an die Jugendbewegung vor 1933 sehe ich ebenfalls nicht.

Die schönen Künste: Literatur, schöne Künste und dergl. sind für den Politiker immer ein höheres Land, an das er mit Wehmut denkt, weil er sich mit diesen Dingen nicht so beschäftigen kann, wie er es möchte. Es wäre aber ein Fehler, diese Dinge aus unserer Betrachtung ganz herauszulassen. Typisch scheint zu sein, dass in Deutschland ge- genwärtig das Zeitalter der Zeitschriften und nicht des Buches ist. Wir sind noch nicht dazu gekommen, uns zu ruhigen abgeklärten Dingen entschliessen zu können. Es gibt hier zweifellos ganz wertvolle und ausgezeichnete Zeitschriften (um ein paar Beispiele zu nennen: Frankfurter Hefte, Gegenwart, Besinnung, Wandlung, usw.). Wenn ich dagegen mit Erscheinungen in Buchform aufwarten soll, wird die Auswahl schwerer. Für die bildenden Künste nur eine Bemerkung: Nicht alles, was als minderwertig in der Zeit von 1933 - 1945 gilt, ist deswegen jetzt gut. Wir müssen uns erst zu einem neuen Geschmack durchringen. - Die Kunst hat die ewige Aufgabe, das Schöne verklärt darzustellen und dem Menschen zugänglich zu machen. Solange die

Künstler sich nicht auf diese Aufgabe besinnen, werden sie die Herzen der Menschen nicht ansprechen. Was dem Politiker besonders als Aufgabe gestellt wäre, ist, die Ansätze in der Kunst zu beachten, sie als Zeichen der Zeit zu werten und darüber hinaus in die Seele des Volkes zu sehen und dem Volk dahin zu helfen, wo es hinkommen muss.

Aus den praktischen Wissenschaften muss das Rechtsleben herausgegriffen werden. Die Rechtswissenschaft findet in Deutschland wieder grösste Beachtung. Es wird die konkrete Anwendung auf unsere Lage verlangt. Die Frage, ob ein Völkerrecht massgebend ist, ob wir Anspruch darauf haben, nach den Regeln des Völkerrechts behandelt zu werden, das ist in das Blickfeld der Wissenschaften getreten, bewegt das Interesse des Volkes und die Politik. Weitere Fragen: Rechtsansprüche unserer Kriegsgefangenen, Anspruch, den wir auf die Rückkehr unserer Kriegsgefangenen haben, Pflichten und Rechte des Besiegten und des Siegers. stehen im Mittelpunkt des Interesses, Dinge, um die wieder ein Gespräch beginnt, auch zwischen deutschen und nicht deutschen Wissenschaftlern. Für uns gibt es nur eine Regelung, und das ist der Boden des Rechts. Wird dieser Boden des Rechts allseitig anerkannt, sind wir gerettet, wird er nicht anerkannt, sind wir verloren.

Die Politik als Wissenschaft ringt vor allem um den Begriff der Demokratie. Dass dieser Begriff nicht einheitlich ist, ist für uns eine schmerzliche Tatsache. Der Begriff "Demokratie" ist nicht nur in der praktischen Durchführung nicht einheitlich, sondern auch in der Theorie. Das macht uns grosse Sorge. Für Politik als Wissenschaft scheint die junge Generation mehr Interesse zu haben als für die praktische Politik. Aus dieser wissenschaftlichen Erörterung heraus muss das Interesse der jungen Generation für die praktische Politik wachgerufen werden. Dann wird sich auch die Frage nach der Demokratie mehr in praktische Fragen umgestalten lassen, in praktische Verhaltensmassregeln und praktische Massnahmen.

Das geistige Leben ist etwas, was der Politiker sehr beachten muss. Die Politik bekommt auch vom Geistigen her ihre Richtung. Gerade im deutschen Volk, dem Volk der Dichter und Denker, darf diese Tradition des Geistes nicht nachlassen. Wenn wir schon ohnmächtig sind auf dem Gebiete der äusseren Macht, können wir umso mächtiger werden auf dem Gebiete des Geistes. Es war vielleicht unser Untergang, dass wir die Gebiete des Geistes als unser eigentliches Aufgabengebiet verlassen haben und uns dafür nach der äusseren Macht vergriffen. Geistige Macht ist viel grösser als äussere Macht. Durch den Geist kann das deutsche Volk aus dem Elend herausgerissen werden, aus dem Elend der Bedeutungslosigkeit. Dann sind wir auf dem richtigen Wege. Wir müssen diesen Werten viel mehr Aufmerksamkeit zuwenden, als man das gemeinhin in der Politik getan hat. Stellen wir als unser politisches Ziel die Aufgabe, dass wir das deutsche Volk wieder zu einem Volk, mächtig auf dem Gebiete des Geistes, machen. Unterstützen wir alles was die Politik in der Philosophie des Geistes hineinhebt. Das heisst nicht, dass wir die realen Notwendigkeiten unseres Volkes vergessen sollen. Es heisst, dass für unsere Politik auch geistige Werte entscheidend sein müssen. Die Politik muss aufgefasst sein als Auswirkung des menschlichen sittlichen Strebens, des sittlichen Strebens, die Ordnung des Einzelnen zur Gemeinschaft hin und die Ordnung der Gemeinschaft nach letzten sittlichen Normen zu gestalten.

Das ist ein Hauptanliegen der jungen Generation. Wir wollen eine neue Politik, bei der nicht der Machtfaktor das letzte Wort zu reden hat, sondern die sittlichen Grundlagen, eine neue Politik, die sich von veralteten und zu Tode gerittenen Prinzipien trennt, -7-

die die Lebensmöglichkeiten eines Volkes in den Mittelpunkt stellt, eine Politik, die ausgeht von den Herzen der Menschen. Von dieser Grundlage aus sieht die junge Generation neue Möglichkeiten für die Ordnung des gemeinschaftlichen Lebens.

Der deutsche Geist ist nicht tot, er ist unsterblich. Nicht der ungebändigte Geist eines Faust ist es, zu dem wir uns bekennen, sondern der Geist, der aus der Ordnung aller Dinge, der letzten menschlichen und göttlichen Gesetze herkommt. Auf diese Gesetze bauen wir ein neues Deutschland auf, ein Deutschland, in dem die Kräfte des Geistes die massgebenden sind, das allerdings durch die Grundlagen eines gesunden physischen Lebens fundiert sein muss. Wenn es uns gelingt, diese Politik uns zu eigen zu machen, werden wir nicht nur mit der gesamten Generation in ein Gespräch und eine gemeinsame Arbeit kommen können, sondern darüber hinaus der Welt zeigen können, dass wir tatsächlich andere sind als diejenigen, die vor 12 Jahren den Nazis in die Hände gefallen sind. Dann wird es uns gelingen, das grosse Misstrauen zu überwinden, weil man sieht, dass wir nicht nach äusserer Macht streben, sondern geistige Güter entsprechend unserer alten Kultur wieder aufrichten und fortentwickeln wollen.

Die Diskussion über das Referat wird auf den Nachmittag verschoben.

Fortsetzung der Tagung um 14 Uhr.

L o r e n z begrüsst zunächst Herrn Kapitän K r a t i n von der russischen Militärverwaltung und dankt ihm für das Interesse, das er der Arbeit der JUNGEN UNION entgegenbringt.

Die Diskussion wird durch Frl. Dovifat eröffnet, die den Antrag stellt, zunächst über folgende Punkte zu diskutieren:

1. Neue Formen der Politik.
2. Neue Formen der Pädagogik, Schulfragen, Jugendbewegung usw.
3. Formen der Publizistik, Presse, Rundfunk, Film,
4. Unsere Stellungnahme zum Jugendbefreiungsgesetz, zur Jugendamnestie.
5. Ergebnisse und Auswirkung der Entnazifizierung.

Protokoll

vom 28.5.1947, nachmittags 3,30 Uhr.

Finger:

Hinsichtlich der Frage der sogenannten Einheitsschule liegt zugrunde als Diskussionsgrundlage die amerikanische Schulform einer 6-jährigen Grundschule, einer 3-jährigen Mittelschule und einer 3-jährigen Oberschule. Die Stellung der Partei ist in Württemberg noch nicht bezogen worden. Ein Mangel, dem in der nächsten Zeit unbedingt abgeholfen werden muss. Es ist ein Ausschuss geplant. Wir haben darüber zu diskutieren, wie man die 6-jährige Grundschule einrichtet. Bei diesen Debatten geht/um den Einschnitt, der bei 10 oder bei 12 Jahren liegt. Nach wissenschaftlichem Ermessen erscheint es, dass der Einschnitt bei 10 Jahren liegt, so dass eine Änderung der Schulform in diesem Sinne gerechtfertigt erscheint. M.E. liegt die Frage des sozialen Problems dieser Angelegenheit viel weniger darin, dass nur eine bestimmte Gruppe auf die Oberschule kommt, als darin, dass einfach die Geldmittel vielen Leuten fehlen, um die Dinge zu bezahlen. Schulgeldfreiheit, Lehrmittelfreiheit und eine Erziehungsbeihilfe an die Eltern, so dass die praktische Möglichkeit auf wirtschaftlichem Gebiete besteht, die Kinder in die Oberschule zu schicken. Damit wäre das soziale Problem gelöst. Es hat jeder die Möglichkeit, auf die Oberschule zu gehen. Eine Aufnahmeprüfung für die Oberschule wäre zu machen. Ich würde vorschlagen, dass wir in der Schulfrage in diesen Dingen zu einer Klärung und einer Stellungnahme kommen und ich bitte auch, dass sich Interessenten zu diesem Problem der 4- oder 6-jährigen Grundschule zu äussern. /es

Dufhues:

Es ist nichts schwieriger als über Fragen der geistigen Situation zu diskutieren. Es besteht die grosse Gefahr, dass wir zu keinem Ergebnis kommen. Wir müssen uns zwingen, unsere Gedanken zu ordnen. Dann kommen wir zu klaren Ergebnissen. Ich schlage vor, Disziplin zu zeigen und zunächst zu diskutieren über die Frage der politischen Formen. Wenn sich ergeben hätte, dass dazu niemand etwas zu sagen hatte, gehen wir zum zweiten Punkt. Ein Wort zur grundlegenden Frage, ob wir überhaupt diskutieren sollen. Wir wollen in den einzelnen Ländern kulturelle Formen schaffen. Es ist nichts wichtiger, als dass im Kulturellen die Dinge sich entwickeln. Dann müssen wir versuchen, den Gedanken des geistigen Lebens in Deutschland wachzuhalten. Im Geistigen liegen die grundlegenden Fragen der Vergangenheit.

Der grundlegende Fehler der Weimarer Demokratie war das Gegenüber der politischen Parteien. Wir sollten von der Jugend aus die Möglichkeit finden, zueinander zu finden. Ich habe es in der Fraktion erlebt, dass kein lebendiger Austausch möglich war.

Skibowski, Hamburg:

Wir gehen aber auf die geistige Situation hin und wollen klären, woran das liegt. Wir sind noch nicht zu einer kameradschaftlichen Haltung gekommen, zu einer Haltung, die uns die Ehrfurcht vor dem anderen Menschen bringt. Ich glaube, dass wir hier einsetzen müssen in unserer politischen Arbeit, zu einer menschlichen Zusammenarbeit zu kommen, und in einer sachlichen Klärung diese Beschimpfungen zu vermeiden. Sie kommen nur aus der flauen Haltung. Es ist unsere Hauptaufgabe, anderen jungen Menschen mitzuhelfen, die Begriffe

zu klären. Es gibt heute eine Unmenge von Begriffen, die man als Schlagwort auf den Plakaten liest. Wir müssen versuchen, diese Begriffe zu klären. Von hier aus müssen wir den Grund finden, der uns dann selbst weiter bringt.

Six:

Freund Skibowski hat eben gesagt, dass noch kein kameradschaftliches Verhältnis in Deutschland besteht. Die Kameradschaft hat sich in der Not des Krieges hundert- und tausendfach bewährt. In der zivilen Not bewährt sich diese Kameradschaft nicht. Vielleicht hat die unglückselige Tatsache der Glaubensspaltung in unserer Volke schuld daran. Es ist für uns eine grosse Schwierigkeit, hier eine Spannung zu ertragen, dass die Menschen am gleichen Ziel zu arbeiten vorgeben. Wenn wir sehen, wie in England Regierungspartei und Opposition zusammenspielen, so glaube ich, können wir darin auch für uns eine ganz wertvolle Mahnung sehen. Vielleicht ist schon unsere Arbeit in der Jungen Union eine gute Vorschule dafür. Herr Dufhues hat mitgeteilt, dass zwischen den Vertretern der einzelnen Parteien in Württemberg kaum ein Kontakt besteht. Wir müssen ein ordentliches menschliches Verhältnis zu den Politikern der anderen Parteien herstellen. In zwangloser Aussprache. Dieser Weg muss von uns noch viel mehr gegangen werden. Ein weiterer Punkt: wir werden uns niemals auf einen Fraktionszwang einlassen. Fraktionsdisziplin ist etwas anderes. Ich glaube, wenn wir ähnliche Dinge auch bei unseren Arbeitern, bei gemeinsamen Debatten benutzen, dann werden wir ebenfalls eine Auflockerung des politischen Lebens auf die Beine stellen können.

Krezdorn, Süd-Württemberg:

Wir haben uns zur Aufgabe gesetzt, Fragen, die die Jugend betreffen und vor allen Dingen über Fragen, die die Jugend ganz besonders angehen, Resolutionen zu fassen. Diese Arbeit hat sich als sehr positiv herausgestellt. Ich glaube, dass auf diese Art die Spannungen auszugleichen sind, die an die Jugend herankommen durch die Aufteilung in Parteien und durch die verschiedenen Konfessionen. Dadurch ist es möglich einmal das Gesamtanliegen der Jugend zu erfassen.

Wilhelm, Bayreuth:

Neue politische Formen - ein Problem der künftigen deutschen Politik. Das wichtigste bezüglich einer neuen Gestaltung unseres politischen Lebens scheint mir zu sein, dass wir versuchen, der Allgemeinheit das Wesen der Demokratie überhaupt einmal klar zu machen. Ich habe schon 1933 das parlamentarisch-demokratische Leben als junger Student bewusst einmal miterlebt. Ich bin zutiefst erschrocken darüber, wie sich im heutigen politischen Leben die politischen Erscheinungsformen geltend machen. Das führt dazu, dass die junge Generation eine Abneigung bekommt dem demokratischen Leben gegenüber und den demokratischen Gedanken abweist. Wesen der Demokratie: dazu gehört eines, nämlich auch zu klären, dass eines der Hauptwesenszüge eines demokratischen Lebens die Opposition ist. Eine Opposition im Politischen kann niemals dazu führen, dass es zu persönlichen Anfeindungen kommt. Wichtig ist nur, wie können wir erreichen, dass die jüngere Generation dazu gebracht wird, sich mit den Problemen zu beschäftigen. Darüber müssen wir uns klar sein, dass ein grosser Teil der jüngeren Generation sich vom politischen Leben völlig abseits hält. Hier kann nur eines abhelfen, das ist Aufklärung. Eine Aufklärung, die nicht rein akademisch-wissenschaftlich sein soll. Es kommt darauf an, der breiten Front der jungen Generation tatsächlich

einmal das Wissen und Leben der Demokratie so nahe zu bringen, dass sie mitarbeitet. Das Hauptwesen der Demokratie liegt ja doch darin, dass jeder einzelne in diesem Staate irgendwie mitbeteiligt ist am Gesamtleben und zwar aktiv. Worauf es ankommt, die Dinge so aufzuklären, dass die Politik hineingeführt wird in eine aktive Mitarbeit und die kann sich nur dort dartun, wo sie sich auswirken kann, in einer politischen Partei usw. Und hier muss in erster Linie eine Form gesucht werden, die uns die praktische Arbeitsmöglichkeit gibt. Die jüngere Generation muss mit uns mitarbeiten. Erst dann werden wir auch entsprechend zu den neuen Formen des politischen Lebens kommen.

Wagner, Schleswig-Holstein:

Wir kommen zu sehr ins Theoretische. Wir wollen die junge Generation aufklären. Der grosse Teil unserer Generation steht abseits. Wort und Schrift haben an Bedeutung unheimlich viel gewonnen. Einzig und allein unsere Haltung und unsere Tat können die junge Generation aufklären. Überall da, wo einer von der Jungen Union das Licht der Öffentlichkeit erblickt, müssen wir aufklären. Auch ein Wahlkampf darf nicht dahin führen, dass wir uns wieder in Probleme hineinsteigern, die wir wieder übernehmen aus jenem System, das wir ablehnen. Kritik üben zunächst einmal an uns selber. Die Parteien fangen am besten in ihren Reihen an zu kritisieren. Das ist m.E. einzig und allein was wir tun können, die einzige Propaganda, die wir treiben können. Es nützt uns nichts etwas zu versprechen, wenn wir nichts tun.

Jaroni, Sachsen-Anhalt:

Ich glaube, dass wir von der CDU Sauberkeit und Klarheit der Begriffe in das politische Leben hineintragen sollen. Wir müssen einmal dazu kommen, von der jungen Generation aus nicht mehr in diesen engen bürgerlichen Schranken zu denken. Einer trage des andern Last. Das ist der Ausgangspunkt unserer Politik.

Butterhof, Bayern:

Einer trage des andern Last, d.h. Lastenausgleich, soziale Fragen, Arbeitsbedingungen. Die müssen wir aussprechen, in welcher Form wir das tun werden.

Ich bin der Ansicht, die Debatte abubrechen.

Lorenz: Abstimmung durch Handhochheben, Schluss der Debatte.

Haunhorst:

Ich vermisse eines. Wir reden von Pädagogik und dann von Bildungsarbeit. Bildungsarbeit ist Sache des Kultusministeriums und geht uns nicht so viel an. Die Erziehung des Menschen geht uns als Partei sehr viel an. Vor 1933 hat uns die Schule kein selbständiges Denken beigebracht. Der Lehrplan galt stur für den Lehrer und für den Schüler. An Bildung sind wir den angelsächsischen Menschen weit überlegen. Aber dort ist jeder ein überzeugter freier Mensch. Daran ist nicht das Elternhaus beteiligt, sondern in erster Linie die Schule. Wie bringen wir eine Schulform zustande, dass aus unseren Schulen Demokraten hervorgehen.

Jaroni, Sachsen-Anhalt:

Ich möchte ganz besonders darauf hinweisen, dass wir einmal den ethischen Sinn der Schule näher untersuchen müssen, ehe wir in konkrete Vorschläge eintreten.

Friedensburg:

Wir brauchen Schulen, die Grundlagen schaffen im Osten, Westen, Süden Deutschlands. Wir müssen klare Grundthesen finden, die für ganz Deutschland gleich sind. Wir müssen uns klar und sachlich verhalten, was müssen wir erreichen. Eine Schule, in der gewisse Grundsätze gewahrt bleiben.

Sagner:

Wir haben uns nur über theoretische Dinge unterhalten. Wir haben meines Erachtens noch die alte Schulform wie vor 1933. Wir haben in der Ostzone die Einheitsschule und in Berlin. Es ist das wichtigste, die Frage des Religionsunterrichts in den Schulen zu klären. Die Form der Einheitsschule wie in der russischen Schule hat etwas für sich. Zu einer Schulreform gehört eine gut ausgebildete Lehrerschaft, die auf diese Reformpläne eingestellt ist. Es gehört auch die wirtschaftliche Voraussetzung dazu, dass man Schulen hat, dass man nicht mit Pappe vor den Fenstern Schule führen kann. Das Bemühen um einen neuen Lehrerstand ist vorhanden. Ich kann mir vorstellen, dass bei der Ausbildung dieser Lehrerschaft durchaus nach toleranten Gesichtspunkten verfahren werden muss. Es scheint mir unglücklich zu sein, wenn in manchen dieser Ausbildungsstätten von vornherein mit einem gewissen Widerstand an die Dinge des christlichen Lebens herangegangen wird. Tragen Sie Ihre Erfahrungen vor, die Sie im Rahmen der schulischen Arbeit in Ihren Zonen gemacht haben, damit wir einen gemeinsamen Nenner finden, wie wir uns einstellen zur Form der Einheitsschule, zur weiteren Beibehaltung der alten Schulform vor 1933, zum Religionsunterricht.

Lorenz:

Ich persönlich begrüße den Vorschlag unseres Freundes Sagner. Wir sollten uns nicht wie in einem Kongress unterhalten, aber wir können Grundforderungen irgendwie herausstellen und festhalten. Wir müssen die Forderung aufstellen, den Neulehrern eine Ausbildung zuteil werden zu lassen, die tolerant und überparteilich ist. Wir dürfen nicht auf eine christliche Schule verzichten. Als Grundforderung müssen wir aufstellen: es muss in Deutschland eine christliche Schule geben.

Seibert:

In der Ostzone haben wir eine Schulreform hinter uns. Sie ist in allen Ländern ziemlich einheitlich durchgeführt. Die Lage im Westen ist nicht so einheitlich. Wenn die Bayern und die Hessen jeder eine Schulreform durchführen, werden wir zu einem restlosen Auseinanderleben kommen. Wir müssen zu einer neuen Schulreform kommen. Die Schulreform der Ostzone ist nicht diskutiert worden, wie es erforderlich war. Sichergestellt sein muss, dass das Bildungsniveau überall das gleiche ist. Das Lehrziel muss im vierten und sechsten Schuljahr das gleiche sein. Ich rate, von kulturpolitischen Forderungen Abstand zu nehmen.

Haunhorst:

Wir müssen von uns aus gerade jetzt unsere Forderungen formulieren, den Lehrerstand von Grund aus unzukrempeln.

Sagner:

Es sind drei Forderungen laut geworden. Einmal die Forderung nach der christlichen Schule bei Wahrung des Elternrechts 2.) Die Forderung auf Rückstellung einer Schulreform, bis die wirtschaftlichen Gegebenheiten bessere geworden sind und 3. die Forderung von Haunhorst in der Ausbildung der Neulehrer. Über diese drei Punkte sollten wir uns äussern, sonst kommen wir nicht mit der Diskussion weiter.

Butterhof:

Die Besatzungsmächte sind in die Debatte gezogen worden. Die Besatzungsmacht wird dann hineingezogen, wenn jemand keine Lust hat, sich mit einem Thema zu befassen. Was wollen wir auf dem Gebiet des Schulwesens. Dr. Kogor hat gesagt, dass eine der geschilderten Kräfte der letzten Jahrhunderte tot sei, nämlich der Humanismus. Ich glaube nicht, dass der Humanismus tot ist. Es ist logisch, was wir in der Zukunft brauchen, das ist die Hereinholung der letzten Leistungen aus unserem Volke wirtschaftlich wie geistig. Unser Bestreben liegt in der Kultivierung geistiger Kräfte. Es wird notwendig sein, die Ausbildung so zu gestalten, dass unsere Volksschule die Einzelpersönlichkeit entwickelt. Dazu ist notwendig 1.) eine klare weltanschauliche Haltung. Wir stehen auf der Basis einer christlichen Vergangenheit. Bei uns in Bayern hat die Abstimmung von 70 - 90 % zugunsten der Konfessionsschule ergeben. Durch die Hereinführung der Ausgewiesenen hat sich eine Umschichtung der Bevölkerung ergeben. Doch man kann nicht Menschen umsiedeln, weil sie als Protestanten in einer katholischen Gegend wohnen. Der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach ist in jeden Lehrplan einzugliedern. Wenn jemand seine Kinder taufen lassen will, ist das seine Sache und wenn er sie nicht christlich erziehen lassen will, so muss er das auch selbst verantworten.

Der andere Punkt ist das innere Bildungsziel. Es kann uns nicht genügen, Fähigkeiten durch die Schulen anzuerziehen. Eine Ausbildung muss so angelegt werden, dass sie sich auf Wesentliches bezieht und nicht auf Mechanisches. Das ist im Rahmen der Volksschule allein nicht möglich, der Zeitraum ist zu beschränkt, um dem Menschen ein Wissen zu vermitteln, das ihn dazu befähigt.

Der Übergang von der Mittelschule zur Universität muss durch ein überall gleichmässiges Wissen gewährleistet sein. Daneben muss auch die Möglichkeit gegeben sein, auf die Hochschule zu kommen. In Bayern ist der bekannte Leo Weissmann aus dem Schulamt ausgeschieden, weil er kein Zulassungsexamen hat. Das ist der Ausfluss eines Systems, das nicht alle Kräfte aus dem Volke zieht.

Protokoll

vom Donnerstag, den 29. Mai 1947, 9 Uhr. 2. Tag

Tagungsleitung: Vormittags Dr. Six, Düsseldorf,
Nachmittags: Dr. Krezdorn.

Thema: Der Neuaufbau Deutschlands.

Referent: Richard Jaeger, Diessen-Obb.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Herrn Dr. Six beginnt Herr Jaeger mit seinem Referat:

Wenn ich zum Thema "Der neue Staatsaufbau" einige einleitende Gedanken sagen soll, so erhebt sich zuerst die Frage, ob es sich überhaupt lohnt darüber zu sprechen. Wir stehen zwischen London und Moskau, zwischen 2 Konferenzen, die über das Schicksal Deutschlands entscheiden und sind enttäuscht, dass die Entscheidung über die deutschen Fragen immer weiter hinausgeschoben wird. Die Grundentscheidungen werden von den Siegermächten getroffen. Aber nachdem diese ausgezogen sind, um der Demokratie zum Sieg zu verhelfen, sind wir Deutsche zwangsläufig auf die Dauer Mitgestalter unseres Schicksals. Wir, die junge Generation, werden in dieser neuen Demokratie leben, uns geht die Frage ihres Aufbaues aber noch mehr an als die Älteren.

Ausgangspunkt unserer Betrachtungen kann nicht eine deutsche Länderverfassung sein, denn diese Verfassungen sind nur für die Bedürfnisse eines Landes und nicht für das ganze Gebiet Deutschlands geschaffen. Noch weniger kann von der Weimarer Verfassung ausgegangen werden. Denn wir wollen nicht das Deutschland von gestern, sondern von morgen, nicht die Verfassung der ersten, sondern der zweiten Republik. Bei unseren Überlegungen wollen wir von den Hauptproblemen ausgehen: Der Idee der Demokratie, der Verwirklichung des Volkswillens und dem Prinzip des Föderalismus.

Demokratie heisst wörtlich Herrschaft des Volkes. Nach einem Wort Lincolns: "Die Herrschaft des Volkes durch das Volk zum Besten des Volkes". Wir verwenden im Deutschen meist das Wort "Volksstaat". In einer Demokratie erfolgt die Willensbildung von unten nach oben, die Verantwortung besteht von oben nach unten - beides im Gegensatz zum Führerstaat, der eine Umkehr der organischen Staats- und Gesellschaftsordnung brachte.

Die Staatsgewalt wird vom Volk ausgeübt. Wir sprechen von der Souveränität des Volkes. Es besteht aber die Gefahr, dass das Volk, wenn es sich absolut setzt und keine sittliche Wertordnung mehr anerkennt, zur Gewaltherrschaft schreitet. Wir wissen, dass nicht nur der Einzelne, sondern auch das gesamte Volk der sittlichen Ordnung untersteht. Die Bindung an das Naturrecht ist Voraussetzung der Demokratie. Das Volk hat nur die Staatsgewalt übertragen bekommen vom Schöpfer, es ist nicht die letzte Quelle allen Rechts. An Stelle der Formulierung der Weimarer Verfassung, dass die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, hat man deshalb in der bayerischen Verfassung den Satz geprägt: "Träger der Staatsgewalt ist das Volk". Dieses Wort wurde von den 3 Verfassungen der französischen Zone übernommen und wird auch für die Zukunft massgebend sein. Danach gibt es keine Gewalt im Staate, die nicht vom Volke ausgeübt wird. Aber ihr letzter Ursprung kann nicht das Volk, sondern muss ein Höherer, muss der Schöpfer sein.

Wenn wir die Bindung des Staates an das Recht wollen, also einen Rechtsstaat, so sehen wir hierin gerade den tiefsten Gegensatz zum Totalstaat der Vergangenheit. Im Rechtsstaat ist die Gerechtigkeit das erste Prinzip. Die Ausübung der Staatsgewalt erfolgt nicht nach Willkür, sondern nach Gesetz. Das Gesetz ist die Schranke aller Staatsgewalt. Das bedeutet nach aussen, dass die allgemein anerkannten Formen des Völkerrechts Bestandteil des deutschen Rechts sein müssen; nach innen, dass die Grundrechte der Persönlichkeit gewahrt werden. Diese Grundrechte sind alt. Man mag sie neu formulieren und auch neue hinzufügen, z.B. das Grundrecht der Rundfunkfreiheit. Es wird notwendig sein, neben die Freiheit des Glaubens die Freiheit des Volkstums, also des Bekenntnisses zu einem Volk zu setzen, das Recht auf seine eigene Lebensart, eigene Schulen usw. Wir müssen uns vor allem davor hüten, dass die Grundrechte durch den sogenannten Gesetzesvorbehalt ausgehöhlt werden. Die Grundrechte müssen genau umschrieben, sie können auch nicht durch irgendwelche Verordnungen ausser Kraft gesetzt werden. In dieser Hinsicht hat die hessische Verfassung ein gewisses Vorbild gegeben. Unter allen Umständen muss aber in der Verfassung zum Ausdruck kommen, dass die demokratischen Grundrechte nicht missbraucht werden können. Der wichtigste Schutz der Freiheit des Einzelnen ist jedoch die Dreiteilung der staatlichen Gewalt, in eine gesetzgebende, vollziehende und richterliche. Niemals darf ein und dasselbe Organ alle 3 Gewalten zugleich ausüben. Durch die Teilung der Gewalt ist die Freiheit des Einzelnen am sichersten geschützt. Gerade die amerikanische Verfassung ist so ausgerichtet, dass immer die Rechte eines Organs durch die eines andern beschränkt werden. Die Teilung der Gewalten ist das erste und wichtigste, was wir, wenn wir an die Verfassung herantreten, beachten müssen. Eine Verfassung ohne diese Grundsätze könnte von uns nicht werden. Aus der Teilung der Gewalten folgen 2 Grundsätze: Die Mässigkeit der Verwaltung; sie bedeutet, dass alle Staatsakte, die Freiheit des Staatsbürgers betreffen, nicht nach Gutdünken Willkür erfolgen können, sondern nur auf Grund eines Gesetzes, da die Volksvertretung geschaffen hat. Ausserdem wird einatum die beste Gewähr einer sauberen Verwaltung geben. Die Forderung ist die Unabhängigkeit des Richters. Nur wenn der Richter unabsetzbar ist, kann er auf die Dauer das sagen, was recht ohne zu befürchten, abgesetzt zu werden. Das Berufsrichtertum eine unerlässliche Forderung. Sie ist nicht unsozial, wenn wir einen Staat schaffen, in dem jeder die Möglichkeit hat, unabhängig von ner wirtschaftlichen Lage, Richter zu

Wenn wir nun den Begriff der Demokratie entwickelt haben, müsse wir an die Lösung der Frage herangehen, wie diese Demokratie licht werden kann. Es gibt 2 Grundformen der Demokratie. Die bare und die repräsentative. Ein Volksentscheid ist im Rahmen Stadt und eines kleinen Staates durchaus möglich, in einem Staat aber sehr zweifelhaft. Der einzelne Staatsbürger kann z.B. aussenpolitische Lage nicht richtig beurteilen. Es ist beach dass die grossen Demokratien einen Volksentscheid in ihrer nicht kennen. Die Gesetzgebung im Staate soll durch das Pa ausgeübt werden. Daraus ergibt sich die weitere Frage nach einem kammer- oder Zweikammersystem. Wir haben in der/Republik ein liches Zweikammersystem nicht besessen. Der Reichsrat war keine Kammer, seine Abgeordneten keine Abgeordneten, sondern nur der Länder. Es ist zu bedenken, dass fast alle Demokratien eine te Kammer haben. Ein Vorteil ist das Zweikammersystem vor allem gegen vorübergehende Volksstimmungen, eine Bremse gegen die Massenpsychose. Das Zweikammersystem führt zu einer organischen Entwicklung. Es

gibt 2 Möglichkeiten, die einer Ständekammer oder im gesamtdeutschen Rahmen die einer besonderen Vertretung der Länder. Die praktischen Erfahrungen einer Ständekammer müssen erst noch abgewartet werden. Während in der einen Kammer das Volk nach seiner Bevölkerungszahl vertreten ist, würde in der anderen jedes Land eine gleichmässige Vertretung besitzen. Vorbild könnte die nicht in Kraft getretene deutsche Verfassung von 1849 sein, die den Reichstag in 2 Kammern gliederte: das Volkshaus und das Staatenhaus, in dem die deutschen Länder gleichmässig vertreten waren.

Die wichtigste Frage in der Demokratie ist die Frage des Wahlrechts. Es ist angeregt worden, die Wahlpflicht einzuführen (Belgien, jeder muss wählen, sonst wird er bestraft.) Auf diese Weise kommt man nicht zur staatsbürgerlichen Erziehung. Die Wahlen müssen in einer Demokratie allgemein sein, jeder im Volk hat das Recht zu wählen. Das bedeutet selbstverständlich auch das Frauenwahlrecht.

Die Wahlen müssen geheim sein. Jeder hat das gleiche Wahlrecht. Dass Wahlen zum Volkshaus direkt erfolgen müssen, damit das Volk seinen Kandidaten wählen kann, ist selbstverständlich. Die grundsätzliche Frage ist die Frage des Mehrheits- oder Verhältniswahlrechts. Für die Verhältniswahl ist das Musterprinzip das Reichstagswahlrecht der Weimarer Zeit: In grossen Wahlkreisen werden Listen aufgestellt, die in ganz Deutschland gleich sind. Auf je 60 000 Stimmen ein Abgeordneter, Reststimmen in ganz Deutschland zusammengerechnet auf sogenannten Reichslisten. Beim Mehrheitswahlrecht ist der gewählt, der die meisten Stimmen hat, und zwar in kleinen Wahlkreisen. Die Vorteile des Mehrheitswahlrechts liegen auf der Hand. Man spricht zuerst davon, dass das Mehrheitswahlrecht Splitterparteien beseitigt. Es führt vor allem zum Zweiparteiensystem. Niemand kann es wagen, eine Partei zu gründen, nur um Generalsekretär zu werden. Es müssen sich die kleinen Parteien zusammenschliessen. Damit kommen wir zu einer Größzügigkeit des politischen Lebens. Die grossen Parteien müssen mehr an das ganze Volk denken, an alle Klassen und Schichten, weil sie das ganze Volk erfassen wollen. Vor allem führt aber das Mehrheitswahlrecht zu festen Mehrheiten im Parlament. Die Mehrheit und das Zweiparteiensystem führen zu jenem Wechselspiel im Parlament, das die beste Form der Regierung darstellt. Eine Partei führt, die andere ist in der Opposition und kritisiert. Beide müssen vorsichtig sein, die eine, weil sie nicht abgelöst werden will, die andere, weil sie jederzeit an die Macht kommen kann. Dieses System des Wechselspiels zwischen Regierung und Opposition besagt nicht, dass nicht für bestimmte Notzeiten eine Koalition eintreten kann (z.B. England). Beim Mehrheitswahlrecht entscheidet der Wähler unmittelbar, welche Regierung er will, während man beim Verhältniswahlrecht selbst nach der Wahl noch nicht sagen kann, wie nun eigentlich die Regierung aussehen wird. Es ist auch möglich, dass sich in einem kleinen Wahlkreis eine starke Persönlichkeit, die beliebt ist und Ansehen genießt, gegen jede Partei durchsetzt und ins Parlament kommt. Das Normale sind jedoch 2 Parteien. Beim Verhältniswahlrecht haben die Radikalen eine Bedeutung. Sie können jederzeit mit dem Austritt aus einer Partei und dem Eintritt in eine andere drohen. Beim Mehrheitswahlrecht liegt das Schwergewicht bei den gemässigten Flügeln, die sich berühren. Das bewirkt eine stetige Entwicklung. Vom Wähler her gesehen hat das Mehrheitswahlrecht entschieden Vorteile. Er kann in seinem kleinen Wahlkreis die Verhältnisse überschauen, kennt die Kandidaten, er ist nicht gezwungen, sich an eine Liste zu hängen. Man darf ohne Übertreibung sagen, wenn man die Weimarer Republik ansieht, dass das Verhältniswahlrecht zur Herrschaft der Mittelmässigen geführt hat. Schon deshalb ist das Mehrheitswahlrecht notwendig. Wir haben

jetzt in verschiedenen deutschen Ländern die Erfahrung gemacht, dass sich vorerst auch ohne das Mehrheitswahlrecht grosse Parteien gebildet haben, und in einigen Ländern hat sich sogar eine eindeutige Mehrheit ergeben. Das ist ein Zeichen, dass das deutsche Volk gelernt hat, dass es politisch reifer ist, als man glaubt. Wir müssen jedoch beobachten, dass bei Neuwahlen Absplitterungen von den grossen Parteien erfolgen. - Die politische Reife ist die Folge des Mehrheitswahlrechts, nicht seine Voraussetzung. Wenn wir das Mehrheitswahlrecht schaffen, wird unser Volk gezwungen, grosszügig politisch zu denken. Dadurch wird die politische Reife besser gefördert als durch jede theoretische Erziehung.

Die Stichwahl ist ein sehr gefährliches Unternehmen, denn gerade das Zweiparteiensystem wird dadurch gefährdet. - Es gibt Leute, die einen Kompromiss zwischen beiden Wahlrechten schaffen wollen. Das ist aber ein unmögliches Unterfangen. Auch zur Länderkammer wird sich eine unmittelbare Wahl empfehlen. Auf keinen Fall dürfen Vertreter von den Regierungen delegiert werden. Wir wollen freie Männer in den Parlamenten haben! Jedenfalls hat sich das deutsche System des Reichsrats mit von der Regierung entsandten Vertretern nicht bewährt.

Ein bloss aufschiebendes Veto ist sinnlos. Ein Einspruchsrecht kann in gewissen Punkten gelten, im allgemeinen müssen beide Kammern gleiche Rechte haben.

Soll nun über dem deutschen Gesamtstaate ein Präsident stehen oder nicht? Mit unseren Reichspräsidenten haben wir schlechte Erfahrungen gemacht, die jedoch vor allem auf der Persönlichkeit beruhen. Ein Präsident ist bei einem Staate von der Grösse Deutschlands unbedingt erforderlich. Er muss den Staat nach aussen repräsentieren. Vor allem ist es notwendig, ein über den Gewalten stehendes Organ zu haben, das dann einschreitet, wenn Konflikte zwischen beiden Kammern sich ergeben. (Englischer König). Der Präsident soll keine Machtstellung haben, aber ein Regulativ sein. Er hat das Recht der Repräsentation nach aussen, das Recht der Beamtenernennung und vielleicht der Begnadigung in einzelnen Fällen. Er soll weiter das Recht haben, die Volkskammer bei bestimmten Umständen auflösen zu können und einen Mann mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Weitere Rechte kann er nicht bekommen. Wichtig ist noch die Frage der Wahl des Bundespräsidenten. Wenn man ihn zu einer Figur machen wollte, wäre Volkswahl notwendig. In Deutschland wäre das aber nicht zweckmässig, vor allen Dingen, weil das deutsche Volk so wenig Sinn für Politik entwickelt hat. Eine Wahl durch Zusammen-treten bei der Kammer würde zu einem besseren Erfolg führen. Für die Bundesregierung erhebt sich die Frage, ob das System der Engländer oder Amerikaner gewählt werden soll, das parlamentarische oder das Präsidialsystem. Im Sinne der Teilung der Gewalten liegt an sich, dass sich die Regierung völlig unabhängig macht vom Parlament. Wir können uns die amerikanische Lösung des Staatspräsidenten nicht leisten. In Bayern hat man einen Mittelweg zu finden gesucht, indem man sagt: Der Landtag wählt seinen Ministerpräsidenten, der Ministerpräsident muss nur dann gehen, wenn seine dauernde Zusammenarbeit mit dem Landrat unmöglich ist. Aber wann ist das unmöglich und wer entscheidet dies? Ausserdem wird hier ein Problem falsch gesehen. Die Regierungsunfähigkeit des Weimarer Reichstages war zunächst eine Folge des Verhältniswahlrechts. Bei Mehrheitswahl ist die Gefahr von Regierungskrisen weitgehend ausgeschaltet. /starken

Wir müssen, wenn wir vom deutschen Aufbau sprechen, überhaupt vom Wesen des Staates ausgehen. Im Mittelpunkt der politik steht der Mensch. Der Mensch ist nicht Mechanismus in einer Staatsmaschine.

Er ist kein Material, dessen Wert sich in Mark und Pfennig ausdrücken lässt. Die Würde des Menschen ist die Grundlage aller Politik. Alle staatlichen Gebilde haben die Aufgabe, den Menschen zu dienen und die Aufgaben zu erfüllen, die der Mensch allein nicht erfüllen kann. Der Staat dient den Bedürfnissen des Menschen und nicht umgekehrt. Das ist ein grundlegendes politisches Prinzip. Es verstösst gegen die gerechte Ordnung, wenn ein höheres Organ sich die Rechte anmaßt, die ein unteres bereits ausüben kann. Dies liegt gerade im Interesse der Demokratie. Es ist also ursprünglich das Recht der Person und der Familie, das Recht der Selbstverwaltung der Gemeinden, das Recht der einzelnen Länder massgebend. Von ihnen hängt das Recht des Bundesstaates ab. Die Länder sind das primäre, der Bund ist das sekundäre.

Föderalismus kommt aus dem Lateinischen: fœdus = Bündnis. Dies Wort besagt Freiheit und Einheit zugleich. Die Zeit für Kirchtumspolitik ist vorbei. Wir bekennen uns zu einem föderativen Bundesstaat. Der Föderalismus will das Eigenleben der Staaten. Das Wesen des Bundesstaates besteht darin, dass der gesamte Bund Staat ist und dass die einzelnen Teile Staaten sind. Wichtig ist, dass die Staatsgewalt zwischen Bund und Ländern geteilt ist. Hier liegt der Unterschied zum dezentralisierten Einheitsstaat, der selbst die ganze Staatsgewalt besitzt, während man bloss die Verwaltung dezentralisiert und örtlichen Instanzen überträgt. Wer verfassungsmässig die Gewalt hat, kann sie aber jederzeit wieder zurücknehmen. Wir müssen es verhindern, dass die Staatsgewalt ungeteilt ist. Teilung der Gewalt zwischen Bund und Staaten, um die Freiheit zu schützen.

Wie begrenzen wir die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern? Es gibt Gebiete, die ausschliesslich dem Bund überlassen werden. Es gibt Gebiete die ausschliesslich den Ländern überlassen werden. Es soll den Ländern alles verbleiben, was sie selbst erledigen können, wozu man den Bund nicht braucht. Rechte, die dem Bund nicht übertragen werden, müssen den Ländern bleiben. Der Bund darf nicht selber seine Befugnisse festsetzen, wie es ihm gerade passt. Er darf also niemals die sog. Kompetenzkompetenz besitzen. Im übrigen scheint es wichtig, dass die Einheit in der Vielheit gewahrt und die Freiheit in der Einheit gesichert wird. Eine Einheit des bürgerlichen, des wirtschaftlichen, des arbeitsrechtlichen und des strafrechtlichen Gesetzes, aber keine Einheit der Rechtsprechung. Eigene Polizei-Hoheit der Länder. Die Finanzhoheit muss geteilt werden zwischen Bund und Ländern.

Für den Tenor der Verfassung ist ihre Entstehung von äusserster Wichtigkeit. Wenn eine Nationalversammlung sie allein macht, werden wir vor unüberwindlichen Spannungen stehen zwischen Zentralisten und Föderalisten. Es wäre zu empfehlen, dass sich die Länder erst einmal zusammensetzen und einen Verfassungsentwurf ausarbeiten und diesen einer kommenden Nationalversammlung vorschlagen. Ferner müssen sie an der Beschlussfassung über die Verfassung beteiligt werden.

Herr S i x schlägt im Anschluss an das Referat folgende Diskussionspunkte vor:

1. Ausgang der Staatsgewalt
2. Grundrechte
3. Gewaltenteilung
4. Berufsbeamtentum
5. Unabhängige Richter
6. Volksentscheid und Volksabstimmungen
7. Ein- und Zweikammersystem
8. Stände- und Länderkammern

9. Mehrheits- oder Verhältniswahlrecht
10. Präsidentenfrage
11. Verantwortlichkeit der Regierung
12. Wesen des Staates
13. Substilitätsprinzip mit Folgerungen
14. Föderalistischer Aufbau
15. Kompetenzfrage
16. Verfassungsgerichtshof
17. Verfassungsentstehung.

Auf Antrag des Herrn D u f h u e s wird zuerst über das Thema Kontinuität der Verfassung und Deutschland gesprochen.

Herr R o m b a c h führt dazu aus, dass die Frage der Rechtskontinuität der Verfassung bei der gesamten Verfassungsdiskussion zu Unrecht zu kurz gekommen sei. Die Frage der Kontinuität der Verfassung hänge zusammen mit der Frage der Rechtsgeltungskraft der Verfassung. Die Weimarer Republik sei nur auf dem Wege über die Revolution zustande gekommen. Herr Rombach stellt die Frage, ob es überhaupt notwendig sei, eine neue Verfassung zu schaffen, und die Verbindung mit dem Alten völlig abzubrechen? Er ist der Auffassung, dass in der gegenwärtigen Situation ein legaler Übergang geschaffen werden muss. Die Frage sei weiter, ob die Weimarer Verfassung noch Gültigkeit habe oder nicht.

Herr B u t t e r h o f schliesst sich dieser Auffassung nicht an. Seiner Ansicht nach sei Politik ein Vorgang des Lebens, und das Leben bestehe aus Taten. Der Zustand, dass Deutschland immer noch existent ist, sei allgemein bekannt und verdiene Beachtung. Man müsse möglichst rasch dafür sorgen, dass dieses Deutschland wieder in eine Verfassung komme. Wir sind durch die hinter uns liegende Katastrophe in der Lage, vollkommen von vorne anzufangen. Deshalb könnte man sich im heutigen Zeitpunkt ausdrücklich darauf berufen, ein neues Recht zu schaffen. Für uns ist entscheidend, dass wir in einer vollkommen neuen Situation stehen, dass wir uns heute im Gegensatz zu Weimar ausdrücklich auf die Rechte des Menschen berufen. Wir leben heute im Zustand einer verhinderten Revolution. Wenn dieser Zustand nicht da wäre, hätten wir wahrscheinlich schon eine Verfassung, die aber ganz anders aussehen würde, als wir es uns wünschten. Ausgangspunkt bei unserer Diskussion zur Verfassung sei, dass nichts übrig geblieben ist von unserem deutschen Reich, dass nichts übrig geblieben ist von einem Weimarer Staat, dass wir vollkommen neu anfangen müssen.

Herr F r i e d e n s b u r g ist ebenfalls der Auffassung, dass man sich nicht auf etwas berufen könne, was sich als falsch erwiesen habe. Die Weimarer Verfassung sei lediglich dazu benutzt worden, dem Volk etwas vor Augen zu halten. Schliesslich habe man doch gewirtschaftet, wie man wollte. Unsere neue Verfassung müsse dem augenblicklichen Willen des Volkes und des Naturrechts entsprechen.

Herr D u f h u e s stimmt einer neuen Verfassung ebenfalls zu und verlangt eine Volksabstimmung darüber.

Der Antrag des Herrn D u f h u e s über die Kontinuität der Weimarer Verfassung nicht weiter zu diskutieren, aber über die Kontinuität des deutschen Reiches zu debattieren, wird angenommen.

Herr F r i e d e n s b u r g ist der Meinung, dass man über diese Frage nicht sprechen brauche. Wir wissen, dass Deutschland bestanden hat und weiter bestehen muss.

Herr Duefhues führt aus, dass im Gegensatz zu den Verfassungsentwürfen z.B. Badens oder Nordrhein-Westfalen die Bayerische Verfassung, die bereits angenommen sei, im Art. 178 eine Bestimmung enthalte, nach der Bayern einem kommenden deutschen demokratischen Bundesstaat beitreten wird, der auf freiwilligem Zusammenschluss der einzelnen Bundesstaaten beruhen soll. Damit haben die Bayern zwar als Ziel der künftigen staatlichen Regelung den Bundesstaat anerkannt, aber sich die Entscheidung darüber vorbehalten, ob sie diesem Bundesstaat beitreten werden oder nicht. Die amerikanische Besatzungsmacht habe die bayerische Verfassung angenommen mit dem Vorbehalt, dass die bayerische Staatsangehörigkeit notwendig verbunden sei mit der deutschen Staatsangehörigkeit. Es ist selbstverständlich, dass Bayern sich zur Kontinuität Deutschlands bekennt. Grundlage unserer künftigen Politik sei nicht die Macht, sondern lediglich das Recht. Das Recht sei gebunden an bestimmte völkerrechtliche Bestimmungen. Aus Gründen der politischen Sauberkeit und Klarheit, aus Gründen eines gesunden Nationalgefühls, der Geltungmachung völkerrechtlicher Bestimmungen, die nicht die einzelnen Länder in Anspruch nehmen können, sei es notwendig, ein klares Bekenntnis abzulegen zu der Kontinuität Deutschlands.

Herr Friedensburg stimmt diesen Ausführungen zu, hält es aber für falsch, sich im Rahmen einer Verfassungsdebatte zunächst juristisch zu unterhalten, ob Deutschland noch existent sei oder nicht.

Herr Jaeger führt aus, dass das Bekenntnismässige mit der rein juristischen Frage nichts zu tun habe. Es sei nicht unsere Aufgabe, über das Völkerrechtliche zu streiten, sondern uns auf die unveräußerlichen Menschenrechte zu berufen, z.B. die Frage des Friedens, der Gefangenen usw. Die Bayern werden sich nur zu einem kommenden Bundesstaat bekennen, der demokratisch aufgebaut sei.

Herr Butterhof sieht den Sinn der Diskussion nicht ein. Entweder habe man die Absicht, an einen neuen deutschen Staatsaufbau heranzugehen oder nicht. Wenn etwas zugrunde gehe, müsse etwas Neues geschaffen werden.

Herr Duefhues betont nochmals, dass die Westfalen nicht daran denken, deswegen von der Einheit Deutschlands zu lassen, weil in einem Teil dieses Deutschlands Auffassungen vertreten werden, die nicht genehm wären. Man sollte gemeinsam an die Aufgaben herangehen und würde dann schon zu einer Einigung kommen. Er beantragt Schluss der Debatte und bittet um Eingehen auf die Diskussionspunkte.

Der Antrag wird abgelehnt. Es wird weiter diskutiert.

Herr Skibowski spricht besonders für die Flüchtlinge und Umsiedler, die auch in die Gemeinschaft Deutschlands gehören und die man nicht vergessen dürfe.

Herr Friedensburg und auch Herr Haunhorst erklären, dass wir uns über den sentimentaligen Begriff "Deutschland" alle einig seien, dass aber über die juristische Form der Verfassung gesprochen werden müsse. Herr Haunhorst fährt fort, dass Deutschland ein Begriff sei, etwas Wirkliches, dass aber ein durch evtl. eine der Besatzungsmächte zu schaffendes deutsches Reich noch keine Realität und für uns etwas sei, das wir unter Umständen mit Misstrauen betrachten müssen. In dieser Lage müssen wir die Möglichkeit haben, in unserer Verfassung bereits festzulegen, wieweit wir freiheitlich uns entschliessen können,

einem uns aufoktroierten Reich zuzustimmen. Wird das deutsche Reich von uns, von den Ländern selbst geschaffen, ist es selbstverständlich, dass wir ihm auch angehören wollen. Es ist eine Frage der politischen Vorsicht, wenn in der bayerischen Verfassung hinsichtlich des Beitritts zu einem künftigen demokratischen Bundesstaat gewisse Vorbehalte gemacht werden.

Ein Vertreter von Sachsen-Anhalt betont nochmals, dass wir als JUNGE UNION uns doch darüber klar seien, dass wir zu einem Deutschland bedingungslos stehen müssen. Wir dürften nicht warten, bis sich von irgendwo her einmal die Demokratie entwickelt, sondern wir müssen daran arbeiten, gerade als JUNGE UNION, die Demokratie zu erlangen. Wir wollen Deutschland bauen und keinen Bundesstaat, der vielleicht mit den einzelnen Gliedern einem deutschen Bund beitreten wird.

Herr Krezdorn stellt nochmals den Antrag, die Debatte zu schließen. Der Antrag wird angenommen. Es wird in die Diskussion über die obenangeführten Punkte eingetreten.

1. Ausgang der Staatsgewalt.

Die kurze Diskussion ergibt die allgemeine Auffassung, dass Träger der Staatsgewalt das Volk sei. Damit sei rechtlich alles geklärt und sonstigen Belangen Genüge getan.

2. Grundrechte.

Es sollen behandelt werden die Tatsache von Grundrechten sowie der Katalog der Grundrechte.

Herr Friedensburg erklärt, dass es in jeder Verfassung Grundrechte geben müsse, die unauflösbar seien. Wie soll aber eine Verfassung sich gegen jemand wehren können, der die Verfassung benutzt, um undemokratisch zu sein. Es gibt Zeiten, wo auch der Staat das Recht hat, über das normale Mass hinaus in das Leben und in den Kreis des Individuums einzugreifen. Aber da einen Kompromiss zu finden, können wir heute nicht. Es kann überhaupt die Frage der Grundrechte in der Zukunft nicht abgegrenzt werden. Wir können nicht wissen, welche wirtschaftliche und welche soziale Entwicklung in Europa Platz greifen wird und inwieweit die zukünftige soziale Entwicklung die uns heute notwendig erscheinenden menschlichen Grundrechte noch zulassen wird. Wir müssen also gerade gegenüber dieser Gefahr unsere menschlichen Grundrechte verteidigen, auf der anderen Seite sie aber wiederum auflösbar erklären können, um die Demokratie zu verteidigen.

Die Diskussion wird unterbrochen durch das Erscheinen von Herrn Dr. Josef Müller, dem 1. Vorsitzenden der CSU. Bayerns. Herr Dr. Müller kommt dem Wunsche, zur JUNGEN UNION zu sprechen, gern nach. Er berichtet von der Konferenz mit Herrn Dr. Schumacher in Hannover und ihren Folgerungen. Zum Schluss appelliert er besonders an die JUNGE UNION, sich ihrer Verantwortung innerhalb der Partei bewusst zu sein, einen neuen Geist zu schaffen und endlich zu handeln.

Herr D u f h u e s setzt die Diskussion über die Grundrechte fort und erklärt, dass man sich über den Wert einer Verfassung ebensowenig Illusionen machen solle wie über den Wert der Grundrechte. Entweder es gelingt uns, die Menschen zu Demokraten zu erziehen oder die Grundrechte haben keinen Sinn. Die entscheidende Frage ist nicht, wie wir die Grundrechte formulieren, sondern die Frage des Gesetzes-

vorbehaltes. Wenn wir uns dem Vorschlag anschliessen, den die SED gemacht hat, haben die Grundrechte keinen Sinn. Wenn durch jede Verwaltungsordnung oder sonstige Massnahme das Grundgesetz aus den Angeln gehoben werden kann, haben wir kein Grundgesetz, sondern eine Verfassung, die abgeändert werden kann. Wir müssen uns dagegen wehren, dass Grundrechte wieder ausser Kraft gesetzt werden können. Wir müssen weiter ernsthaft erwägen, eine Bestimmung in die Verfassung aufzunehmen, dass demjenigen, der die Verfassung angreift, der Schutz des Grundrechts versagt wird, also 1. Gesetzesvorbehalt und 2. Schutz des Missbrauchs der Grundrechte.

P e t e r L o r e n z verweist auf die Gefahr, dass eine Verfassung entstehen könne, die in vielem nicht das zum Ausdruck bringt, was wir oder die anderen Kräfte in Deutschland wollen. Wenn eine Verfassung nicht in einem einwandfreien Rechtsstaat zustande kommt, soll man sie als vorläufig betrachten. Das sei notwendig, weil eine Verfassung für eine lange Zeit geschaffen werden soll.

Herr R o m b a c h ist der Auffassung, dass es nicht richtig sei, die Frage der Ausserkraftsetzung der Grundrechte dem Parlament zu überlassen. Sehr wichtig sei es, den Gedanken des Schutzes der Demokratie in die Grundrechte hineinzubauen.

Fred S a g n e r bittet, die Diskussion, die sich auf der einen Seite ins Uferlose verliere, etwas mehr zu forcieren. Es müsste auf die bereits vorhandenen Vorschläge in irgendeiner Weise eingegangen werden.

Herr Dr. Müller weist auf den bereits in der Gesamt-Union bestehenden Verfassungsausschuss hin. Die JUNGE UNION könne verlangen, dort/einen entsprechenden Ausschuss vertreten zu sein. Die JUNGE UNION solle insbesondere versuchen, die Voraussetzungen zu schaffen, dass es nur eine Verfassung geben werde. Im übrigen liege es besonders an der JUNGEN UNION, klare neue Wege zu suchen und nicht zuviel Zeit mit Debattieren zu verlieren. /durch

Vor der Mittagspause wird beschlossen, einen Verfassungsausschuss nach Schluss der Verfassungsdebatte zu bilden, der dann die Möglichkeit hat, mit dem Verfassungsausschuss der Union zusammenzuarbeiten.

Schluss der Sitzung 13,30 Uhr.

29. Mai 1947, nachmittags 14,30 Uhr.

Vorsitzender gibt bekannt, dass ein Antrag eingebracht ist festzustellen, von wem die Gäste, die anwesend sind, eingeladen wurden.

S c h o l z , Leiter des Universitätsausschusses, Thüringen, ist von Herrn Sagner eingeladen worden.

Dr. T r e u e , als Vertreter von Niedersachsen, wurde von Herrn Lorenz eingeführt.

B e c k e r , Berlin, von Mitgliedern der JUNGEN UNION.

Herr J a e g e r wird im Anschluss an seine längeren Ausführungen in der Vormittagssitzung gebeten, in die Diskussionen über die einzelnen Punkte einzugreifen.

Man ist bei Punkt 2 der Tagesordnung stehen geblieben. Dieser Punkt geht jedoch im allgemeinen Tumult, Stühlerücken etc. unter. Antrag zur Geschäftsordnung: Es wird gebeten, dass die Herren pünktlicher sind. Die Mitglieder werden hereingeholt.

Punkt 3 - Gewaltenteilung - wird kurz gestreift. Man ist allgemein der Auffassung, die Doppel-Mandate aufzulösen.

Punkt 4 - Berufsbeamtentum.

Es wird festgestellt, dass CDU Beamtenpartei ist. Man muss leider darauf hinweisen, dass in den öffentlichen Dienststellen nach Parteizugehörigkeit geurteilt wird. Es sollen jedoch vor allen Dingen Fachleute in die Verwaltungsstellen.

J a e g e r : Es geht um folgendes: Soll unsere Verwaltung von auf Lebenszeit angestellten fachlich vorgebildeten Männern gebildet werden oder sollen gewählte Leute ohne Vorbildung in den Verwaltungen sitzen? Einerseits spricht viel für das Berufsbeamtentum, man hat damit gute Erfahrungen gemacht. Andererseits wird vielfach die Auffassung vertreten, dass das Wahlbeamtentum, besonders bei höheren Posten wie Bürgermeister, Landräten etc. demokratischer sei.

K l a u c k : Wir haben in Berlin und in der Ostzone die Erfahrung gemacht, dass Nichtfachleute Ämter übernommen haben, denen sie in keiner Weise gewachsen waren. Von einer bestimmten Partei wurde politische Zugehörigkeit verlangt und die Verwaltung zum Instrument einer einseitigen politischen Richtung gemacht. Es ist deshalb notwendig, dass der Beamte nicht parteigebunden ist, sondern dass er unabhängig und ohne Beeinflussung von einer Partei sein Amt ausübt. Wenn die Gewähr gegeben ist, dass er sich für seine berufliche Tätigkeit mit seiner ganzen Persönlichkeit einsetzt, so spricht das auch für das Berufsbeamtentum, sich wieder bedeutende Geltung zu verschaffen.

N e u m a n n : In der Ostzone ist das Berufsbeamtentum grundsätzlich abgeschafft. Jedoch wird in der Thüringischen Verfassung im Artikel 47 verlangt, dass der Richter unabhängig ist von Parteizugehörigkeit. Abschnitt 3 bestimmt durch ein besonderes Gerichtsverfassungsgesetz, dass er auch unabsetzbar ist, also auf Lebenszeit angestellt. Ein Angestellter kann aber jederzeit entlassen werden. Die Ostzone ist hierin nicht konsequent. Man ist in diesem Fall zu der Ansicht gekommen, dass der Richter nicht Angestellter sein kann, sondern Beamter sein muss. Redner unterstützt den Antrag von Klauck, dass wir in der Ostzone zum Berufsbeamtentum kommen müssen.

L o r e n z : Wir haben uns über die Unanfechtbarkeit der Richter schon unterhalten. L. ist nicht grundsätzlich gegen Berufsbeamtentum, gibt aber zu bedenken, dass es z.B. in Amerika kein Berufsbeamtentum gibt. Nach einer Wahl wechseln sämtliche Leute ihre Posten. Bei unseren heutigen rechtlosen Zuständen könnte das allerdings eine Gefahr bedeuten. Er spricht sich jedoch für den zukünftigen Staat für ein Berufsbeamtentum in den unteren Schichten aus, während die leitenden Posten durch Mehrheits-Wahl-System gewählt und mit fachkundigen Leuten besetzt werden sollen.

D u f h u e s, Westfalen: Das Berufsbeamtentum hat durch zwei Punkte eine wesentliche Erschütterung erfahren. In Westfalen ist

alles vollkommen von der SPD beherrscht, viele Beamte wurden entfernt und die Posten mit Nichtfachleuten besetzt. So konnte es passieren, dass ein Arbeiter ohne die geringste Vorbildung plötzlich zum Oberregierungsrat avancierte. Es ist notwendig, diese Massnahmen zu revidieren, nicht um die Berufsakademiker mit aller Gewalt in den Sattel zu heben, sondern um Fachleute in die Verwaltung hineinzubringen. Bei dem Gedanken des Berufsbeamtentums soll der Richter besonders geschützt werden. Die Arbeitsgerichtsbarkeit ist übergegangen in Hände von Personen, die zwar eine gewisse Vorbildung haben sollen, die aber nicht juristisch gebildet zu sein brauchen. Das ist ein starker und bedrohlicher Eingriff in das Berufsbeamtentum. Die Dinge müssen wieder in Ordnung gebracht werden. Die Beamten sind teilweise summarisch aus ihren Ämtern entfernt worden, später als einwandfrei befunden und wieder zugelassen worden. Jedoch haben sich die Behörden gegenüber den Beamten auf den Standpunkt gestellt, dass es ihrem Ermessen anheim gegeben werden sollte, wer wieder zugelassen wird oder nicht. Redner tritt für das Berufsbeamtentum ein, das seiner Aufgabe gewachsen ist und eine objektive Verwaltung gewährleistet.

Der Vorsitzende erhebt sich und gibt seiner Freude Ausdruck, den Vertreter der amerikanischen Militärregierung, Herrn **B o l t e n**, begrüßen zu können.

G a n t z e r. Nordrhein-Westfalen: Man muss das Berufsbeamtentum von zwei Seiten ansehen, erstens von der politischen. Man unterscheidet zwischen legislativen gewählten Beamten und executiven Berufsbeamten. Hierbei ist die Möglichkeit gegeben, das Berufsbeamtentum weitestgehend zu entpolitisieren und durch diese Zweiteilung den politischen Angriffen auf das Berufsbeamtentum die Spitze abzubrechen. Zweitens kommt das soziale Moment in Betracht. Das Berufsbeamtentum bildet einen Komplex, in den die Leute aus Sicherheitsgründen hineingehen und zwar aus rein materiellen Interessen. Ein neues Kontrollratgesetz sagt nunmehr: "Versicherungspflichtig sind alle Arbeiter, Angestellte und Beamte". Wenn der Beamte aber durch die Sozialversicherung mit einbegriffen wird, d.h. dass seine Altersversicherung nicht mehr vom Staate getragen wird, sondern von Versicherungsunternehmen, dann ist der Beamte im Alter weitgehendst abhängig von den Variationen dieser Versicherung. Durchgeführt ist dieses Experiment in der russischen Zone und im Lande Hessen, während in Nordrhein-Westfalen und Bayern dieser Weg nicht beschritten worden ist. Hier haben sich die Gewerkschaften eingesetzt und erreicht, dass in den Sozialausschuss der Britischen Zone die Diskussion über das Berufsbeamtentum von Seiten der Sozialversicherung nicht mehr zur Debatte steht. Jedenfalls sind die Angriffe von Seiten der Sozialversicherung für das Berufsbeamtentum sehr gefährlich und können von eminenter Bedeutung sein. Man darf nicht vergessen, dass wir alle Substanzen verloren haben. Hier wird es zu scharfen Auseinandersetzungen kommen. Wenn wir das Berufsbeamtentum fallen lassen, würden wir zu grossen Umstellungen kommen und zwar zu soziologischen Umgestaltungen. Welcher Vater würde dann noch sein Kind auf die höhere Schule schicken und es studieren lassen, was wird aus den geistigen Berufen, wenn die Beamten den Angestellten in der Reichsversicherung gleichgestellt werden? Die Lohnverhältnisse sind dieselben, wie der Angestellten. Das würde /die ein allmähliches Absinken des geistigen Niveaus in Deutschland bedeuten. Die meisten Studierenden stammen zudem aus den Kreisen des Berufsbeamtentums. Hier muss in ganz Deutschland eine einheitliche Bestimmung gefunden werden.

Der Vorsitzende begrüsst nunmehr das Mitglied der englischen Militärregierung, Miss Peepe.

L o r e n z dankt Nordrhein-Westfalen für die Ausführungen. Die materielle Sicherung des kommenden Beamtentums ist gut durchzudenken. Der Start zur Schule soll allerdings allen gleichmässig gegeben werden. Dann fällt das Argument weg, dass die Eltern nicht mehr in der Lage sind, den Kindern die akademische Laufbahn zu ermöglichen. Wir sind alle der Meinung, dass ein Berufsbeamtentum nicht politisch sein soll. Es hat sich gezeigt, dass in der Britischen Zone die Bürgermeister, die unparteiisch sein sollten, von der SPD gestellt wurden und keinerlei fachliche Eignungen mitbrachten. Ich bin grundsätzlich für ein Berufsbeamtentum, jedoch muss der Nachweis eines wirklichen praktischen Examens gebracht werden. Das ist Vorbedingung für ein fachliches Berufsbeamtentum.

G a n t z e r - Nordrhein-Westfalen: Die Gefahr der Politisierung der Beamten ist im Augenblick nicht so gross. Nichtfachkräfte sind nicht zu halten. Dagegen sind die Gedanken der Eltern, falls sie ihre Kinder auf die Höhere Schule schicken, zunächst materieller Natur. Wenn sich das Studium bezgl. Verdienst und Altersversorgung nicht mehr lohnt, werden sie ihre Kinder lieber dem verdienstreicheren Handwerk zuführen.

G r a l m a n n, Sachsen-Anhalt: Spricht als Vertreter der Ostzone. Selbstverständlich wird aus der derzeitigen Situation heraus das Berufsbeamtentum bejaht. Zur Zeit in der Verwaltung durch Nichtfachkräfte das Niveau verhältnismässig niedrig. Bekenntnis zum Berufsbeamtentum, trotzdem Wunsch auf Zusicherung, dass die führenden Stellen wie Bürgermeister, Landräte usw. politisch besetzt werden, nicht Berufsbeamte.

Vorsitzender stellt die Frage: treten wir für ein Berufsbeamtentum ein oder wollen wir in gewissen Grenzen ein Beamtentum, das aus den Parteien herauswächst. Glaubt jedoch, dass wir für ein Berufsbeamtentum eintreten und zwar für ein neues Berufsbeamtentum, nicht im Stil der vergangenen Jahre.

F i n g e r glaubt nicht, dass die Vergangenheit des Berufsbeamtentums in dieser Hinsicht schlecht war. Es wurden Stellen bis zum Ministerialrat einschliesslich mit Berufsbeamten besetzt, darüber hinaus, vom Ministerialdirigenten aufwärts mit politischen Beamten. Die Anzahl richtete sich nach der Stärke der Koalitionsparteien. Dieses Verfahren sollte man beibehalten. Es ist zu fordern, dass auch die politischen Beamten die entsprechende Berufsausbildung nachweisen müssen.

L o r e n z: Der Begriff der Vorbildung ist etwas falsch ausgedrückt. Man kann sich vorstellen, dass ein Mann, der über Fachkunde z.B. auf wirtschaftlichem Gebiet verfügt, absolut geeignet ist und nicht über ein Examen stolpern sollte. Die entsprechende Vorbildung kann ersetzt werden durch entsprechendes Fachwissen.

O e s t e r l e i n, Sachsen stellt fest, dass in der Ostzone mannigfache Erfahrungen gesammelt wurden, nachdem man das Berufsbeamtentum abgeschafft hat. Man wünscht das Berufsbeamtentum in einer veränderten Form, nicht den Beamten des preussischen Staates, aber auch nicht dem unpolitischen Beamten, der sich vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis in unsere Tage hinübergeschmuggelt hat. Das ist ein Argument, das in der Ostzone immer wieder auftaucht. Es müssen gewisse Sicherungen eingebaut werden, dass Männer, die Beamte sind und ihre politische Einstellung nicht verleugnen, ruhig Beamte bleiben können und nicht in ihrem Amt benachteiligt werden.

Man kommt nunmehr zu

Punkt 5 - Volksentscheid und Volksabstimmung.

J a e g e r: Es geht darum, ob man bei einer künftigen deutschen Verfassung das Gesetz dem Volk zur Entscheidung vorlegen soll oder ob ein Gesetz über den Volksentscheid geschaffen werden soll. Einer Volksabstimmung möchte er nicht das Wort reden. Deutschland ist zu gross, als dass man jeden Bauer abstimmen lassen kann. Es ist also Volksentscheid vorzuziehen.

Vertreter von Nordrhein-Westfalen: Wir haben bereits bewiesen, dass mit der Frage der Volksabstimmung nicht das Richtige getroffen wurde. Das Neue Zentrum hat den Vorschlag gemacht, dass derartige Fragen im vorparlamentarischen Raum durch Volksentscheid geklärt werden sollen, durch einen zweiten Volksentscheid können sie jedoch wieder geändert werden. Ist zu verurteilen, das neue Zentrum will sich auf diese Art von der Verantwortlichkeit freimachen.

B o c k , Dresden: Wenn wir vom Einheitsstaat zum Bundesstaat gelangen, ist dadurch die Sachlage vollkommen verschoben. Rät daher, dem Volksentscheid vorsichtig gegenüberzustehen.

H a u n h o r s t hält das Volksbegehren für keine geeignete Form.

F i n g e r: Gesetzt den Fall, dass ein Landtag sich nach drei Jahren soweit von der Volksleitung entfernt hat, so muss es eine Möglichkeit geben, auf Grund eines Volksentscheids den Landtag aufzulösen. Er selbst ist der Ansicht, dass keine Parlamentsdiktatur eintreten kann.

Man geht zu

Punkt 7 und 8 - Ein- oder Zweikammer-System über.

B o c k , Dresden fordert eine Länderkammer.

Vertreter von Nordrhein-Westfalen fordert ebenfalls die zweite Kammer. Hierin sollen Männer gewählt werden, die durch ihren Beruf besondere Verantwortlichkeit tragen, er denkt hierbei an Vertreter der Kirche, der Schule etc. Die Fraktion der KPD besteht nur noch aus Parteisekretären. Bei der SPD liegt der Fall ähnlich. Im Parlament soll jedoch nicht nur diskutiert werden, sondern praktische Arbeit geleistet.

B o c k , Dresden spricht nicht nur von Vertretern der Länder, sondern auch von Vertretern der Stände.

H a u n h o r s t fragt an, welche Aufgabe denn diese zweite Kammer haben soll. Wer wählt die Vertreter, wenn sie ständisch, zusammengesetzt sein soll? Mit einem Versuch der zweiten Kammer, sowie in Bayern, hat man keine guten Erfahrungen gemacht.

Vertreter aus Sachsen (Jaroni?) meint, die zweite Kammer soll ein Bindeglied zwischen der Regierung Gesamt-Deutschlands und den Ländern sein.

K l a u c k führt als Beispiel an: Es gibt vertikale und horizontale Gruppen. Horizontal sind die Organisationen, Gewerkschaften, Handwerkskammer usw. Vielleicht kann man auch den Kulturbund dazu rechnen. Vertikal sind die politischen Gruppen. Es ist unmöglich, diese zwei Dinge durcheinanderzumengen. In der Ostzone wird der Versuch gemacht, Parteien und Organisationen durcheinanderzubringen,

das führt aber zu unklaren Verhältnissen. Es ist notwendig, dass man den horizontalen Gruppen ihre beratende Bedeutung gibt, die Entscheidung muss bei den Parteien liegen.

G a n t z e r, Nordrhein-Westfalen: Weist auf die Gefahr hin, die dem politischen Sektor von den Gewerkschaften droht. Die Gewerkschaften versuchen mehr und mehr Einfluss zu gewinnen. Sie sind selbst in den Ministerien nicht mehr beratend tätig, sondern aktiv. Zahl der Mitglieder ist enorm gestiegen. Wir alle messen diesem Moment viel zu wenig Bedeutung bei. Durch die Frage des täglichen Brotes befinden sich die Gewerkschaften an erster Stelle. Z.B. haben sie in Duisburg innerhalb von drei Tagen bei einer Demonstration 75.000 Mann auf die Beine gebracht. Man soll auch die suggestive Kraft der Gewerkschaften nicht unterschätzen. Wir können die zweite Kammer nicht mit irgendwelchen Wirtschaftsvertretern besetzen. Wenn wir das machen, werden die Gewerkschaften bald eine führende Rolle spielen. Die zweite Kammer muss mit Ländervertretern besetzt werden.

L o r e n z: Es ist noch festzustellen, wie die Vertreter in der zweiten Kammer sein sollen. Möglichst von allen Ländern gleichmäßig. Ausserdem dürfen sie nur vom Volk gewählt werden, damit nicht irgendwelche Leute hineindelegiert werden.

J a e g e r stellt fest, dass der Gedanke der Ständekammer in den einzelnen Ländern etwas für sich hat.

Abstimmung ergibt eindeutig, dass mit wenigen Ausnahmen für Länderkammer gestimmt wird. Es muss weiter über die Zusammensetzung der Kammer diskutiert werden. Auch wird nochmals betont, dass wir keine Gesandten von der Regierung wollen, sondern freie Abgeordnete. Ob direkt vom Volk oder indirekt durch den Landtag gewählt, ist gleichgültig. Fragen, auf wieviele Jahre die Länderkammer gewählt werden soll, Zahl der Vertreter (ob zwei oder vier), sollen dem Ausschuss vor Entscheidung überlassen bleiben. Wichtig ist lediglich, dass die Vertreter paritätisch und durch Volksentscheid gewählt werden.

Punkt 9 - Mehrheits- und Verhältniswahl.

J a e g e r wird aufgefordert, sich hierzu zu äussern, lehnt aber ab, sich ausführlich darüber auszulassen, da sich alle einig sind über Mehrheitswahl.

Es wird gegen Mehrheitswahl nur mit einer Stimme (Hamburg) widersprochen.

Es entspinnt sich jedoch eine Debatte über die Kreisvorsitzenden. Sie können sich nicht selbst als Kandidaten aufstellen. Hierzu wird festgestellt, dass das Mehrheitswahlsystem ein System der Persönlichkeit ist. Es kann sich keine Partei den Luxus leisten, ihren Kreisvorsitzenden zu nennen, nur weil er Kreisvorsitzender ist, sondern er muss in erster Linie eine Persönlichkeit sein. Es besteht keine Gefahr, dass unfähige Leute an die Spitze gelangen. Sollte ein Kreis dies beabsichtigen, schneidet er sich ins eigene Fleisch.

Vertreter von Hamburg führt aus, dass er nicht grundsätzlich gegen das Mehrheitswahlsystem gesprochen hat, sondern nur ein Bedenken vorgebracht habe. Eines Tages wird der Ruf nach Persönlichkeiten, nach dem starken Mann laut werden. - Einwurf: England! Greift diesen Einwurf auf. Die englischen Verhältnisse kann man nicht auf Deutschland anwenden. Das deutsche Volk ist politisch noch nicht

so reif, wie das englische Volk. Dann müssten wir uns zu einer Richtungspartei entwickeln.

I g i e l: In der Ostzone besteht ebenfalls eine Abneigung gegen das System. Uns geht es ja nicht um die Posten, sondern um die Demokratie!

W i l h e l m, Bayern führt aus, dass schon die alten Römer nach dem Mehrheits-Prinzip wählten.

Dr. S i x ist der Meinung, dass man die Sache nicht theoretisch, sondern praktisch ansehen muss. Wenn man die Parlamente ansieht, fällt einem auf, dass die Köpfe fehlen. Es muss zwischen Abgeordneten und Wähler ein Kontakt hergestellt werden, der viel besser durch das Mehrheits-Wahl-System herausgebildet wird. Auch hier müssen wir zu neuen Formen der Politik kommen, indem man das Volk zu einer politischen Verantwortung mit heranzieht. Wenn aber irgendwelche Leute an der Spitze stehen, die von einer Liste herrühren, kommt dieser Kontakt nie zustande. Wir müssen uns daher für das Mehrheits-Wahl-System einsetzen.

Es wird Herrn Dr. Six entgegengehalten, dass auch bei Mehrheits-Wahl-System nicht immer die besten Leute erfasst werden. Daher trotzdem Liste, so unschön das sein mag.

Vorsitzender erhebt sich, um Prof. Dovifat zu begrüßen.

L o r e n z: Ist persönlich für das uneingeschränkte Mehrheits-Wahl-System. Die schlechten Erfahrungen, die man im Verhältnis-Wahl-System gemacht hat, zeigen schon, dass es falsch war. Die Gefahren der Einführung des Mehrheits-Wahl-Systems in der Ostzone sind ihm durchaus klar. Aber in einem zukünftigen deutschen demokratischen Rechtsstaat müssen wir zu diesem Recht kommen. In der endgültigen Verfassung ist das Mehrheits-Wahl-System für die Durchsetzung einer Demokratie unentbehrlich.

J a r o n i, Sachsen-Anhalt meldet sich nunmehr ebenfalls gegen das Mehrheits-Wahl-System. Wir müssen uns auf den Boden der Realität stellen. Bei einem Mehrheits-Wahl-System fahren wir auch nicht besser. Er verweist auf das Beispiel in Bayern. Die Kommunisten sind nicht mit ins Parlament gekommen. Haben daher ausserparlamentarische Gruppen gebildet und arbeiten einfach so. Üben Kritik an der Regierung. In der Ostzone ist ein Verhältnis-Wahl-System durchgeführt, wonach die einzelnen Kreise eingeteilt waren, die die Kandidaten nannten. Die Parteien waren dafür verantwortlich, geeignete Persönlichkeiten aufzustellen. Man hält dieses für die beste Regelung. Jedenfalls war es eine gangbare Übergangslösung.

Vertreter von Bayern schlägt vor, einen Beschluss zu fassen: Die Junge Union fordert das Mehrheits-Wahlrecht für eine kommende deutsche Abstimmung, weil sie darin die beste Lösung für eine kommende Verfassung sieht.

L u s t e r widerspricht. Wir haben heute den zweiten Tag der Jungen Union. Am ersten Tag hat man denselben Beschluss in derselben Weise bereits schon einmal gefasst. Aus diesem Grunde hält er es nicht für nötig, dass dieser Beschluss nochmals gefasst wird. Man kann ihn höchstens bestätigen.

Vorsitzender schreitet zur Abstimmung über das Mehrheits-Wahl-System. Die überwiegende Mehrheit ist dafür, nunmehr 4 Stimmen dagegen.

Punkt 10 - Frage des Präsidenten.

I g i e l setzt sich dafür ein, einen Staatspräsidenten durch das Parlament wählen zu lassen, der Vollmachten hat, die dem französischen Präsidenten oder dem englischen König entsprechen.

Dr. B o c k ist der Ansicht, dass es den einzelnen Ländern überlassen bleiben muss, ob sie einen Präsidenten wollen oder nicht.

J a e g e r entgegnet, dass es keine einzige Länder-Verfassung gibt, die einen Staatspräsidenten hat. Wenn die einzelnen Länder ihre Ministerpräsidenten Staatspräsident nennen, so ist das ihre eigene Angelegenheit. Wir wollen uns höchstens mit der Frage des Bundes-Präsidenten befassen. Die Delegierten sind sich alle einig darüber, dass wir einen Bundespräsidenten brauchen, der die ganze Nation vertritt.

Es taucht die Frage auf, wer ihn wählt und welche Aufgaben er zu erfüllen hat.

Man stellt fest, dass die Präsidenten-Frage zu der Frage des föderativen Aufbaues gehört.

Diese Fragen des föderalistischen Aufbaues werden in den Punkten 10, 11 und 14 zusammen behandelt.

Dr. B o c k : Wir müssen aus der Vergangenheit, aus der Weimarer Zeit lernen und müssen vor allem von der formalen Demokratie zur realen Demokratie kommen. Das Gleiche bedeutet das Prinzip des Föderativen. Die Länder müssen in einem föderativen Staatsaufbau zu selbständigen Staaten werden.

B u t t e r h o f : Zum föderativen Staatsaufbau ist folgendes zu sagen: Es ist das Wort gebraucht worden, man möge sich den Gegebenheiten anpassen. Diesen Gedanken muss ich grundsätzlich ablehnen. Wenn wir uns anpassen wollen, dann brauchen wir keine Politik zu machen. Angepasst haben wir uns jahrelang. Die Frage, ob Länder staatliche Persönlichkeiten sind oder nicht, steht hier nicht zur Erörterung. Sie sind es nämlich nicht. Was jedoch nicht besteht, ist der deutsche Bundesstaat, von dem wir reden. Wenn wir um ein Beispiel zu nennen - eine Ehe eingehen, dann wollen wir, dass die Ehe zwischen gleichgesinnten Staatsindividuen abgehalten wird. Einen solch schlechten Bund, wie die Weimarer Regierung es war, wollen wir nicht wieder erleben. Es muss ein Staat zustande kommen, in dem die einzelnen die Möglichkeit haben, sich frei zu entwickeln. Nur ein solcher Staat ist in der Lage, Beiträge zu leisten. Es wird notwendig sein, die staatliche Selbständigkeit soweit gehen zu lassen, als es im Bundesinteresse überhaupt möglich ist. Die Frage des Verhältnisses zwischen Ländern und Bund ist keine Frage, die mit Ordnung der Kompetenzen abgeschlossen ist, sondern sie geht hinaus über ganz Europa. Den Bund müssen wir mit allen Vollmachten ausrüsten, die man ihm geben kann. Aber wenn das Mitbestimmungsrecht der Länder eingeschränkt wird, werden wir wieder eines Tages dort stehen, dass ein Entschluss zustande kommt, an dem der ganze Bund und alle Länder zu tragen haben werden. Je genauer die Kompetenzen der Länder und des Reiches abgegrenzt werden, desto grösser ist der Gewinn, den Deutschland davon haben wird. Was nützt es, wenn wir ein deutsches Reich aufziehen, wenn wir von vornherein fürchten müssen, dass Zentralmacht uns in Gefahr bringen kann. Unsere Politik darf sich nicht auf Machtpolitik gründen. Es ist unsere Pflicht, alle Sicherungen einzubauen, die einzubauen sind. Es bleibt die einzige Möglichkeit, die einzelnen Staaten als das anzuerkennen, was sie sind, nämlich als Staats-Persönlichkeiten und sie zu einem Bundesstaat zusammenzuschliessen. Redner wählt das Beispiel eines Hauses. Das Fundament ist vorhanden. Die Länder sind die einzelnen, verschieden

grossen Zimmer. Das Dach fasst alle zusammen. - Auch auf die Frage des Staatspräsidenten gibt es zwei Möglichkeiten, entweder man lässt ihn direkt wählen und zwar in ganz Deutschland eine Wahl, um ihn zum Repräsentanten Deutschland zu machen, oder indirekt durch das Parlament, wählen wir den Präsidenten direkt, dann haben wir den Vorteil der spontanen Ausserung der Wähler, andererseits allerdings auch eine politische Erhitzung der Leidenschaften. Die andere Möglichkeit ist, den Präsidenten aus den beiden Kammern herauswählen lassen. In diesem Fall wird der Präsident allerdings gewählt von einem Gremium, dass er unter Umständen später selbst auflösen muss. Wie ist die Frage zu lösen, dass der Präsident sich nicht zu sicher fühlt in seinem gewählten Amt?

Der Vorsitzende erhebt sich, um nunmehr auch den Vertreter der Sowjetischen Besatzungsmacht zu begrüssen.

K l a u c k ist fest davon überzeugt, was der Vorredner ausgeführt hat. Nur in einem Punkt muss er widersprechen: der Ausgangspunkt müsste in unserer Grundeinstellung etwas anders sein. Wenn der Vergleich von der Ehe gebraucht wurde, so ist er der Meinung, dass wir schon mal verheiratet waren, dass diese Ehe lediglich unterbrochen wurde. Und von dieser unterbrochenen Einheit müssen wir ausgehen, um zu neuen Resultaten zu kommen.

J a r o n i - Sachsen-Anhalt: Es klingt etwas zu stark nach dem Sprichwort "Der Starke ist am mächtigsten allein". Man muss sich überlegen, wie weit die Gewalten der Zentralregierung und der Länderregierungen verteilt sind. Es darf nicht so weit gehen, dass die Länderregierungen die Bundesregierung aufsitzen lassen können.

S a g n e r stellt fest, dass es die deutsche Veranlagung ist, von einem Extrem ins andere zu fallen. Über kleine Punkte zerbrechen wir uns den Kopf und lassen dabei das grosse Ganze ausser acht. Was wir über der Debatte nicht vergessen wollen: Wir haben Staatsaufbau und Verfassung in den Vordergrund zu stellen. Das Beispiel des Hauses wahr sehr gut. Nur dürfen wir nicht vergessen, das Haus ist noch vorhanden, es besteht noch, es muss lediglich renoviert werden. Das muss unsere Aufgabe in der Debatte sein. Das Haus muss in dieser Form bestehen bleiben. Ob föderativer Staat oder dezentralisierter Einheitsstaat: eines Tages stehen wir vor der Frage, ob wir uns für ein oder zwei Verfassungen entscheiden müssen. Wir sind alle damit einverstanden, dass ein föderativer Staatsaufbau unbedingt notwendig ist.

Dr. B o c k : Wir werfen dem Marxismus mit Recht vor, dass er glaubt, den Föderalismus eindeutig auf unsere Lage übertragen zu können. Wir wollen jedoch nicht in denselben Fehler verfallen. Es geht für uns in erster Linie darum, einmal die Einheitlichung unseres Staates zu garantieren und die Grenzen der Staatsgewalt aufzustellen.

A r d e n (?) , Westfalen: Bekennt sich zu einem bestehenden Deutschland auf bundesstaatlicher Grundlage. Hält es nicht für richtig, die Aufgaben des Bundespräsidenten schon jetzt zu erörtern. Wie zu wählen ist, diese Frage ist ebenfalls später Sache der Kammern.

L u s t e r scheint zwei Seelen in seiner Brust zu vereinigen. Er findet, dass von beiden Seiten beachtliche Gedanken kommen. Jedoch die Form ist nicht das Entscheidende. Er entgegnet Herrn Butterhof auf seinen Hausvergleich, dass ein solches Haus nur einen Hausherrn haben könne, sonst würde es sich nur um möblierte Zimmer handeln und das wollen wir keinesfalls. In der Spannung zwischen Angst und Zweckmässigkeit soll das Fundament nicht die Angst sein. Wir müs-

sen den Mut zum demokratischen Geist haben.

Der Vertreter des Kreises Holstein bittet, die Form kürzer zu wählen. Wir müssen schliesslich zur praktischen Arbeit kommen. Wenn das gesunde Gefühl des Volkes missbraucht worden ist, so ist das kein Grund, dieses Gefühl zu negieren. Es geht darum, dass dieses Gefühl nicht wieder missbraucht wird. Wir sind kein Debattier-Klub!

Finger, Württemberg: Die süddeutschen Staaten haben die berechtigte Furcht, dass Deutschland sich wieder zu einem Einheitsstaat entwickeln möchte, die norddeutschen Vertreter haben die Furcht, dass sich in Süddeutschland eine Art von Separatismus breit macht. Diese Furcht auf beiden Seiten ist nicht begründet. Die Süddeutschen wollen keine Auflösung Deutschlands. Wir sind hergekommen, um über ein Deutschland zu beraten, wie wir es uns denken. Wir befinden uns alle auf derselben Linie, nämlich dem Gedanken des Bundesstaates. Wir haben Länder mit einer eigenen Verfassung und ob wir es wollen oder nicht, sie bilden die Grundlage unseres künftigen Staates. Wir wollen einen Bundesstaat haben, in dem das gesamte Volk durch die Kammern vertreten ist.

Vertreter der Pfalz: Es ist das Wort Separatismus gefallen. Verwahrt sich dagegen, dass den Rheinpfälzern dieses ständig zum Vorwurf gemacht wird. Sie wünschen genau so gut den föderativen Aufbau eines Bundesstaates.

Wilhelm, Bayern möchte in dieser Frage endlich zu einem endgültigen Abschluss kommen und stellt fest, dass wir einen deutschen Bundesstaat haben wollen.

Es wird eine Pause von 10 Minuten eingelegt.

Nach der Pause zunächst

Punkt 15 - Kompetenzfrage.

Jaroni - Sachsen-Anhalt führt hierzu aus, dass wir es uns aus unserer Notlage heraus nicht leisten können, in allen Ländern eine Sonderpolitik zu betreiben. Es wurde vorgeschlagen, dass u.a. Schulpolitik, Sache der Länder sein soll. Das ist ein Unding. Die Umschulung wäre mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Die Schulpolitik, muss für ganz Deutschland einheitlich sein, es muss einheitliche Lehrpläne geben. Er betrachtet die Dinge nicht nur von der wirtschaftlichen Seite aus, sondern geht davon aus, dass wir im Kulturleben von einer deutschen Kultur sprechen und nicht von einer süddeutschen oder sächsischen.

Butterhof muss hierin strikt widersprechen. Die deutsche Kultur ist gerade das Gesamtbild einer unendlich vielfältigen Entwicklung in den einzelnen Ländern. Wenn wir zu einem einheitlichen Schulwesen kommen, führt dieses zu einem Mechanismus. Die Not kann nicht dadurch beseitigt werden, dass man sie mechanisiert. Gewisse Angleichungen wird man dem Bundesstaat überlassen, damit ein einheitlicher Bildungsabschluss erreicht wird.

Dr. Sixt ist für Nordrhein-Westfalen ebenfalls der Ansicht, dass die Kulturpolitik grundsätzlich Sache der Länder sein muss.

Dr. Bock steht auch auf dem Standpunkt, dass der Bundesstaat zwar die Möglichkeit haben soll, gewisse Richtlinien heraus-

zugeben, im übrigen aber die Schulpolitik von den einzelnen Ländern getragen werden soll.

Dr. Sixt bezeichnet als Aufgaben des Reichs grundsätzlich die Aussenpolitik, dann das Verkehrs-, Post- und Finanzwesen, zugleich die Justiz. Polizei ist grundsätzlich Sache der einzelnen Länder. Die Wirtschaft muss so gestaltet werden, dass eine Zusammenarbeit zwischen Ländern und Reich unter Vorsitz des Bundesstaates erfolgt.

Jaeger möchte die Frage der Wirtschaft zurückstellen und am morgigen Tag behandeln. Wegen Finanzen schlägt er Teilung der Finanzhoheit zwischen Bund und Ländern vor, Justizeinheit des Reichs, aber Justizverwaltung Sache der Länder.

Nächster Punkt: Verfassungsgerichtshof.

Jaeger erklärt, dass Aufgabe des Verfassungsgerichtshofes die Einhaltung der Kompetenzen ist.

Der nächste Punkt: "Bundes- und Länderfragen" ist bereits erledigt.

Punkt 18: Verfassungs-Entstehung.

Jaroni: Die Länderregierungen sind in vielen Fällen gehandicapt. Die Parteien sind die Berufenen zur Ausarbeitung der Verfassung.

Hauhnorst: Die Verfassung muss von den Ländern angenommen werden, wenn die Volksvertretung sie gebilligt hat.

Lorenz: Man ist soweit, eine deutsche Verfassung schaffen zu wollen und Nationalversammlung einzuberufen. Die Verfassung soll geschaffen werden von einer Versammlung des Volkes. Ruft man nun die Ländervertretungen zusammen, um darüber abzustimmen?

Butterhof: formuliert die Verfassungsentstehung:

"Die Verfassung ist durch die Nationalversammlung und die Ländervertretungen anzunehmen"..

Sagner: wirft die Frage auf, was geschieht, wenn die Verfassung von anderen Ländern torpediert wird.

Hauhnorst: Verfassung wird ausgearbeitet von einer vom Volk gewählten Versammlung. Dieser Entwurf wird den Ländervertretungen vorgelegt und muss mit zwei Drittel Mehrheit angenommen werden.

(Subsidiaritäts-Prinzip).

Vorsitzender schlägt vor, einen Ausschuss der Jungen Union zu bilden, der dem Verfassungsausschuss beigegeben wird.

Dr. Sixt bittet, diejenigen die Zeit haben, etwas davon verstehen und Interesse zeigen, sich zu melden.

Wilhelm gibt die Aufgaben bekannt: eine primäre, die Richtlinien zu formulieren, damit am Sonnabend zu einer endgültigen Fassung geschritten werden kann, zweitens die Mitarbeit des Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft.

Finger bittet noch festzustellen, wer von der Jungen Union in den Verfassungsausschuss delegiert ist. Es wird nur Dr. Dietl, Württemberg, genannt.

Es sind folgende Herren zur Mitarbeit bereit:

Haunhorst, Jaeger, Butterhof, Dufhues, Jaroni, Dr. Sixt, Lorenz und Rombach. Hiervon sollen drei Herren genannt werden, die dem Ausschuss zugeteilt werden.

Die Sitzung wird geschlossen.

18, 10 Uhr.

30. Mai 1947.

KAS-ACDP

Wirtschaftliche und soziale Neuordnung Deutschlands.

Gegliedert in 4 Kapitel:

1. Notprogramm und Behebung wirtschaftlicher und sozialer Störungen
2. Grundlinien unserer neuen Wirtschaftsordnung
3. Grundlinien der neuen Sozialordnung
4. Frage des Sozialismus.

Wenn wir nach 2 Jahren zurückschauen auf die bisher geleistete Arbeit, so stellen wir einen eigentümlichen Kreislauf fest, dass wir beginnend mit Notprogrammen und verschiedensten Sofortmassnahmen über grosse wirtschaftliche und soziale Programme heute wiederum beim Notprogramm angelangt sind. Wir stellen fest, dass wir uns in der Theorie über die wirtschaftliche und soziale Not hinweggesetzt haben und sehen uns wieder gezwungen, mit ganz bescheidenen Notforderungen aufzutreten. Wir brauchen nur einen Blick in die presse zu werfen. Überall wird wieder von Notprogrammen geschrieben, von Massnahmen, wie die Ernährung zu sichern, die Wohnungsfrage zu lösen ist und ausreichende Kleidung beschafft werden kann.

I.

Die erste Voraussetzung und die Kardinalfrage ist die Frage der wirtschaftlichen Einheit. Es ist nicht meine Aufgabe, darüber zu sprechen, wie sie zustande kommt und damit die aussenpolitischen Punkte zu berühren. Die Notwendigkeit braucht nicht mehr erläutert zu werden, sie ist vor aller Augen. Es muss unterschieden werden, dass diese Frage bezogen ist einmal auf den uns zugewiesenen wirtschaftlichen Raum, abhängig von der industriellen Kapazität und der notwendigen Ernährungsgrundlage, eine aussenpolitische Frage also, welche die Grenzen- und Zonenfrage berührt. Diese Dinge liegen jedoch nicht in unserer Hand. Was wir tun können ist, wirtschaftlich eine solche Einigkeit herbeizuführen, dass dadurch die Ernährung und die Lebensgrundlage gesichert sind. Das wird bedeuten, dass wir von keiner Zone und von keinem Land her solche wirtschaftlich vollendeten Tatsachen schaffen, die es verhindern, im gegebenen Falle die Lösungen so aufeinander abzustimmen, dass eine einheitliche Linie, eine gemeinsame Plattform erreicht werden kann. Was würde es z.B. bedeuten, wenn etwa der Osten generell sozialisiert würde?

Angesichts der Tatsache, dass wir in Zonen aufgegliedert sind, würde das bedeuten, dass sich eine andere Zone vielleicht im kapitalistischen Sinne stärker von der Ostzone abstossen würde. Wenn man im Westen einen privat-kapitalistischen Kurs einschlagen würde, würde das bedeuten, dass sich umso entschiedener die Ostzone von diesen Dingen loslösen müsste. Diese Tatsache lässt sich auf alle Gebiete des Lebens übertragen, Frage der Kulturpolitik usw.

Zusammenfassend ist zu sagen: Es ist notwendig, aus diesen Erwägungen heraus von keiner Zone vollendete Tatsachen zu schaffen, sondern die Dinge so im Fluss zu halten, dass sie aufeinander abgestimmt werden können. Wir stehen vor der Entscheidung, die Not zu bannen.

Es muss also gehandelt und gearbeitet, auf der anderen Seite dürfen aber keine vollendeten Dinge vollzogen werden. Das muss auf eine kluge und realpolitische Weise abgestimmt werden. Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus muss man grundsätzlich nach einer wirtschaftlichen Einheit streben. Wir sind ausgegangen von einer ganz bescheidenen Hilfe des Menschen von Mensch zu Mensch über die Gemeinde- und Länder- und Zonenhilfe hinweg. Im Westen geht man schon bizonal und trizonal vor. Wir hoffen, dass dieser eingeschlagene Weg zur wirtschaftlichen Einheit aller Zonen und Länder sich fortsetzen wird. Das ist eine Frage, die innerhalb des Gesamtkomplexes der Besserung der wirtschaftlichen Störungen zu behandeln ist.

Eine andere Frage ist die Neuordnung unseres Geldwesens. Auch diese Frage ist nach unserer Auffassung keineswegs von einer Zone oder von einem Land her zu lösen, sondern mit dem Blick auf ganz Deutschland. Eine Währungsreform wird also dann erst vollgültig und klar vollzogen werden können, wenn man die gesamten Verpflichtungen, die Deutschland gegenüber den Siegermächten hat, kalkulieren kann, wenn man klar ist über den Restbestand unseres Volksvermögens, wenn als wichtigste Voraussetzung die Geld- und Sachwerte untereinander abgestimmt werden können. Das ist also eine Frage, die im Augenblick nicht von irgendwo her auch nur in großzügiger Weise gelöst werden kann.

Eine 3. Frage in diesem Zusammenhang ist die Frage des sozialen Lastenausgleichs. Wir stehen vor der Tatsache einer Gesamthaftung für die Folgen der Katastrophe. Es geht nicht an, es dem Schicksal zu überlassen, ob der eine dreifach oder 4fach geschädigt aus der Katastrophe herauskommt und der andere sein Hab und Gut behalten kann. Es ist notwendig, hier nach einem gerechten Schlüssel die Lasten auf alle Schultern zu verteilen und es nicht der Gunst oder Mißgunst des Schicksals zu überlassen aus der Erkenntnis heraus, dass wir für die Folgen in unserer Gesamtheit haften müssen. Als erster Grundsatz muss daher gelten, eine Bestandsaufnahme unseres Volksvermögens und den Versuch zu machen, nach einem gerechten Schlüssel die Lasten auf alle Schultern zu verteilen. Wir sind uns vollkommen der Schwierigkeiten bewusst, vor allen Dingen angesichts der Versuche, die in der Ostzone gemacht worden sind mit einem Flüchtlings- und Umsiedlergesetz von der Gemeinde, vom Kreis oder vom Land aus. Aber die Notwendigkeit ist so vordringlich und für uns gerade als christliche Partei eine solche Bewährungsprobe, dass wir an diesen Dingen trotz der Schwierigkeiten nicht vorbeigehen können. Es kann nicht der Privatinitiative überlassen bleiben, jene ungeheure wirtschaftliche Not zu bewältigen. Es muss über private Hilfsmassnahmen hinweg auf gesetzgeberischer Basis vorgegangen werden, nachdem vielleicht in einem grösseren Appell an die freien Spenden und die freie Hilfstätigkeit des Einzelnen alle Versuche der Freigebigkeit erschöpft sind. Ich möchte vorschlagen, dass wir gerade als JUNGE UNION dazu kommen, unserer gesamten Partei und auch der Öffentlichkeit den Vorschlag zu unterbreiten, eine grössere Aktion für die Flüchtlinge im Sinne dieses sozialen Lastenausgleichs zunächst auf freiwilliger Basis mit dem Hinweis darauf zu starten, dass die Dinge auch nach gesetzgeberischen Gesichtspunkten gelöst werden müssen.

Eine weitere wichtige Frage ist die Lockerung der Steuerschraube. Wenn wir das kleine und mittlere Unternehmertum und vor allem das Handwerk als selbständige wirtschaftliche Existenz unterstützen wollen, ist es notwendig, dass die Kapitalmöglichkeiten dieser Betriebe nicht durch eine allzu starke Straffung der Steuerschraube verhindert werden und dass ihrer wirtschaftlichen Initiative Raum gegeben wird. Das sind einige wichtige Fragen zur Behebung der wirtschaftlichen Störungen.

II.

Einige Ausführungen grundsätzlicher Art zu den Grundlinien unserer neuen Wirtschaftsordnung.

Wir sind uns alle darüber klar und vertreten da eine gemeinsame Plattform, dass wir jenseits von Kapitalismus und Marxismus um eine strukturelle Umwandlung unserer Wirtschaftsordnung bemüht sind. Wir wollen uns zunächst auf keinen Namen festlegen, aber das ist etwas Gemeinsames, dass wir weder den Kapitalismus noch den Marxismus wollen, dass wir 2. eine Umwandlung der Wirtschaftsordnung anstreben, also nicht bloss eine sozialpolitische und sozialreformerische Abänderung eines bestehenden Systems, sondern durch grundsätzliche Massnahmen die Struktur der Wirtschaft umwandeln wollen. Wir müssen uns zunächst klar werden über den Sinn der Wirtschaft. Der Sinn der Wirtschaft kann für uns nur darin gefunden werden, dass dem Menschen gedient wird, dass die friedliche Versorgung unseres Volkes mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern gesichert ist. Also die Wirtschaft hat nur den Charakter eines Mittels. Wir müssen uns lösen von einer liberalen Wirtschaftsidee, die in ihrer systematischen Entfaltung den Sinn und den Zweck der Wirtschaft darin sah, das Kapital zu häufen, und in diesem System war derjenige der fähigste Wirtschaftler, dem es gelang, Wert und Mehrwert sich am besten zu eigen zu machen. Das Kapital und alles, was damit zusammenhängt, ist als ein Mittel zum Zweck anzusehen. Wir stehen weiter im Gegensatz zur marxistischen Wirtschaftsidee, die als Sinn des Wirtschaftsgeschehens die Arbeit, ja nur die technische Arbeit und die manuelle Arbeit allein sieht und in Gefahr ist, den dahinterstehenden arbeitenden Menschen zu übersehen und ihn als Mittel und Werkzeug in den Apparat einzuschalten. - Die christliche Wirtschaftsidee wird also in diesem Zusammenhang ein Zusammenspiel aller Kräfte von Person, Kapital und Arbeit anstreben und diese Faktoren in eine rechte Ordnung bringen, die Sache der Person dienstbar machen und den letzten Sinn in der friedlichen Versorgung des Volkes und der Gesellschaft mit den notwendigen Verbrauchsgütern sehen.

Eine 2. Frage grundsätzlicher Art ist die Frage des Eigentums. Wenn wir von der Sozialisierung, wenn wir vom Sozialismus sprechen, überall werden wir diese Frage grundsätzlich zu klären haben. In der Eigentumsauffassung müssen wir uns vom ökonomischen Liberalismus lösen, der davon ausging, dass das Recht auf Eigentum absolut gesetzt werden kann, dass auch die jeweilige Eigentumsordnung gültig gesprochen wird. Nach dem auch von uns anerkannten Eigentumsrecht ist nicht ohne weiteres die jeweilige Eigentumsordnung sanktioniert, sondern man kann durchaus auf dem unabdingbaren geltenden Recht auf Eigentum bestehen und doch eine Wandlung der jeweiligen Eigentumsordnung, der Lebensverhältnisse zulassen. Man wird sagen müssen, dass es keine ewige Eigentumsordnung gibt. Wie sich die Eigentumsverhältnisse gestalten, hängt von der jeweiligen wirtschaftlichen und sozialen Situation einer Zeit ab. Unter Umständen können es soziale Notstände erforderlich machen, Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse vorzunehmen. Gerade nach unserer christlichen Auffassung müssen wir uns von einer absoluten Eigentumsauffassung lösen. Wir sind nicht absolute Eigentümer, sondern Gott ist der absolute Eigentümer, wir sind nur die Verwalter dieses Eigentums. Die Flüchtigkeit der Eigentumsverhältnisse und des Besitzes haben wir gerade erlebt.

Wenn wir über die Grundlinien der Wirtschaftsordnung sprechen, können wir nicht ausgehen wie der Liberalismus von der Autonomie der Wirtschaft, dass die Wirtschaft etwas eigengesetzlich Laufendes sei, das wie die Natur unter bestimmten Gesetzen steht, und dass der Mensch mit seiner Tätigkeit und seiner Haltung und seiner Gesinnung keinen Einfluss habe auf den wirtschaftlichen Verlauf. Wir werden

sagen müssen, dass im Gegenteil gerade die Wirtschaft, weil sie die erste Stufe der Kultur ist, nur vermöge der Freiheit und der Entscheidung des Menschen möglich ist und von daher sich jede absolute Gesetzlichkeit verbietet. Wenn man in einem Kontinent die Verbrauchsgüter ins Meer schüttet, während man in einem anderen Land hungert und darbt, dann ist es im Zeitalter des Fortschritts und der Technik keine Frage der Wirtschaft und der Technik allein, die Güter von dort zu den hungernden Menschen nach drüben zu bringen, sondern jeder wird empfinden, dass es sehr wohl von der Gesinnung abhängt, wie die Dinge aufeinander abgestimmt und angepasst werden. Es hängt vom Einfluss sittlicher Kräfte auf die Wirtschaftsgestaltung ab, wie sie verläuft und wie sie gestaltet wird. Wir können uns nicht zu dem Grundsatz der Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft bekennen. Wir können aber von einer unchristlichen Wirtschaftsordnung sprechen, gerade weil unser christliches Gesetz uns verpflichtet, in allen Bereichen des Lebens so auch in der Wirtschaft Ausdruck zu finden und die Dinge nach christlichem Geist zu gestalten.

Wie wären etwa die Grundforderungen zu stellen innerhalb der Agrarpolitik? Wir sind der Auffassung, dass unser Ziel sein muss, die bäuerliche Familienwirtschaft zu erstreben, d.h. dass wir uns also immer stärker vom Grossgrundbesitz und von den Grossformen der Landwirtschaft lösen müssen. Von dort her neben anderen Gründen bejahen wir unserer Auffassung nach die Bodenreform. Die Bodenreform kann aus politischen, aus wirtschaftlichen und aus sozialen Gründen gefordert werden. Es kommt darauf an, wie man die Bodenreform durchführt. Die radikale Durchführung in der Ostzone ist weitgehend eine Folge der sozialreaktionären Versäumnisse der Vergangenheit. Andererseits wird man deutlich sich abgrenzen müssen von einer Schematisierung der Bodenreform. Es geht nicht an, mit einem Schema/diese /an Frage heranzutreten, sondern es wird eine Frage der Bodenverhältnisse und der landwirtschaftlichen Situation sein, welche Maßstäbe und Aufteilungsgesetze man anwendet und welche man unterlassen muss. Eine schematische Durchführung wie in der Ostzone kann keineswegs das Ideal sein. Es muss vor allen Dingen gesagt werden, dass die Ansammlung des Grossgrundbesitzes keineswegs eine Folge der wirtschaftlichen Bewegung ist, also einer "Bewegung zum besseren Wert" hin, sondern sie ist weitgehend durch politische Mittel und durch Macht- und Gewaltmittel vollzogen worden. Ziel der bäuerlichen Wirtschaft muss sein, für uns die notwendige Massenproduktion durch die Verbindung mit der Agrartechnik möglich zu machen trotz der Aufteilung des Bodens, uns aber in der Hauptsache auf eine Veredlungswirtschaft zu beschränken bzw. zu konzentrieren sowie eine Intensivierung und Ausschöpfung der wirtschaftlichen Möglichkeiten anzustreben.

Ein weiteres Problem ist die Forstwirtschaft. Wir stehen vor der Tatsache, dass wir einen 500 %igen Einschlag zu verzeichnen haben, d.h. dass wir 5 mal mehr aus den Wäldern herausholen als zuwachsen kann. Wir stehen nicht nur vor einem grossen Vermögensverlust und vor der Tatsache, dass die Dinge nicht so schnell nachwachsen, als sie von uns herausgeholt werden, sondern auch vor der Tatsache einer Klimaverschlechterung, einer Versteppung und einer Vegetationsarmut. Es erhebt sich die Forderung nach einer Wiederaufforstung, wobei die natürlichen Wachstumsbedingungen bedacht werden müssen. Ebenso müssen beachtet werden die natürliche Beschaffenheit und die Daseins- und Lebensgesetze der Natur, die uns verbieten, einen Raubbau in der Natur und eine Mechanisierung der Natur vorzunehmen.

Wie stellen wir uns zu den Fragen der Industrie, des Handels und des Gewerbes. Die entscheidende Frage ist hier die Frage der Sozialisierung. Wir werden uns deutlich abgrenzen müssen von Liberalismus und Marxismus. Für uns ist die Sozialisierung nicht ohne

weiteres gleichzusetzen mit der Verstaatlichung. Für uns ist die Sozialisierung kein Schema und keine Norm, die ohne weiteres auf die Industrie anzuwenden ist, sondern wir streben innerhalb der Sozialisierung elastische Formen an, die nach einer volkswirtschaftlichen Durchleuchtung und Offenlegung der wirtschaftlichen Lage sich den jeweiligen Verhältnissen anpassen können. Das würde im einzelnen bedeuten, dass wir etwa in der Frage der Grundindustrie und der Schlüsselindustrie eine Sozialisierung im Sinne der Verstaatlichung befürworten, also z.B. für den Bergbau, weil mit diesen Schlüsselindustrien so grosse wirtschaftliche und politische Macht verbunden ist, dass sie nicht in der Hand eines Einzelnen um des Missbrauchs willen verbleiben können. Es muss hier immerhin unterschieden werden, dass der Privatkapitalismus nicht ohne weiteres durch den Staatskapitalismus ersetzt werden kann, denn es bedeutet wenig oder gar nicht, wenn innerhalb einer Industrie und eines Wirtschaftsbetriebes der persönliche Eigentümer durch eine anonyme Eigentümerschaft ersetzt oder durch den Staat ersetzt wird. Gerade die damit verbundene Frage der Ausbeutung der Arbeitskraft wird nicht dadurch verhindert, dass der Eigentümer wechselt, sondern im Gegenteil ist anzunehmen, dass, wenn ein fühlender Mensch, und mag er ein Kapitalist sein, als Unternehmer dem Arbeiter vorsteht, dieses immerhin noch wohltuender ist, als wenn dahinter eine anonyme Macht wie der Staat steht, dem das fühlende Herz fehlt. Aus einer einfachen Übersetzung von Privat- in Staatskapital können wir keineswegs das Heil finden. Wir müssen andere Formen der Sozialisierung, der Gemeinwirtschaft finden und anstreben, die die Bedürfnisse der Arbeiterschaft befriedigen und damit helfen, eine Umstrukturierung der Wirtschaftsordnung zu ermöglichen. Das Wirtschaftsprogramm der CDU in der britischen Zone schlägt mehr oder weniger deutlich die gemischtwirtschaftlichen Formen vor, weil darin 1. das Prinzip der Entflechtung und Dezentralisation, 2. das Prinzip der Machtverteilung und 3. das Prinzip des besseren Verhältnisses von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberschaft gefunden werde. Wir hier in der Ostzone sind der Auffassung, dass das eine der Formen der Sozialisierung ist, aber nicht die einzige bleiben kann und soll. Wir sind der Auffassung, dass diese Formen ergänzt werden können durch andere, durch Genossenschaften, durch Anstalten oder durch Stiftungen oder auch durch eine allgemeine Staatskontrolle, indem etwa ein Staatskommissar in einem Aufsichtsrat ein Vetorecht hat und massgebliche Kontrolle ausüben kann. Es ist eine Frage der jeweiligen wirtschaftlichen Zweckmässigkeit und nicht eine Prinzipienreiterei oder eine Frage des Schemas, in welcher Form und in welcher Weise vorgegangen wird.

Sind wir also in der Frage der Schlüsselindustrie allgemein für Verstaatlichung, in der Frage der Grossbetriebe für elastische Formen, dann treten wir in der Frage des kleinen und mittleren Unternehmertums, vor allem des Handwerks, für weitgehende wirtschaftliche Selbständigkeit ein. Wir glauben, dass gerade dadurch, dass die Dezentralisierung und Entflechtung der Grossbetriebe angestrebt wird, dass also die Monopolisierung verhindert wird, erst dem Handwerk und den kleinen und mittleren Unternehmen die notwendige Lebensluft gegeben wird, um sich frei zu entfalten. Unsere Freunde von den Westzonen mögen sehen, dass wir in dieser Frage durchaus fern jeder Norm und jeder Schematisierung und fern jeder Doktrin sind, dass wir rein nach wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten vorgehen und uns um weitgehende Elastizität und Anpassung bemühen. Das muss gesagt werden gegenüber dem Marxismus, der in seinem Programm auch in der Ostzone eindeutig die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel anstrebt. Wir lehnen also die generelle und schematische Sozialisierung eindeutig ab. Wir lehnen aber auch den Standpunkt der LDP ab, die grundsätzlich gegen jede Form der Sozialisierung ist.

Zur Frage des Handwerks: Hier gilt es, besonders Qualitätsarbeit zu schaffen, weitgehend selbständige Existenzen zu ermöglichen. Hier muss dem Handwerkerstand durch Selbstverwaltungen, durch Kammern, durch Körperschaften der Selbstverwaltungen in irgendeiner Form Beistand geleistet werden, durch Kredit- oder durch Einkaufsgenossenschaften. Dadurch muss wirtschaftlich schwächeren geholfen und mit allen Mitteln und in jeder Form die wirtschaftliche Selbständigkeit und Eigenständigkeit unterstützt werden.

Zur Frage des Handels: Es ist wahr, dass der Handel übersetzt ist. Es ist ebenso wahr, dass auch der Handel und der Grosshandel innerhalb einer Volks- und Weltwirtschaft eine notwendige Funktion ausüben muss und ausüben wird. Die Notwendigkeit sehen wir etwa in der augenblicklichen Notlage der Versorgung.

Eine weitere Frage ist die Frage der Planung und der öffentlichen Lenkung. Auch hier bemühen wir uns, jenseits der Extreme vorzugehen. Wir erstreben weder eine liberale freie Wirtschaft, die ja doch nur zum rücksichtslosen Kampf ums Dasein führt, noch eine Totalplanung, die mit Anweisungen und Formularen auch das letzte Verbrauchsgut an die Menschen verteilt. Es ist unser Bestreben, von der Zwangswirtschaft allmählich los zu kommen zu einer gelockerten Rahmenplanung. Wir haben hier in der Ostzone bzw. in Berlin 3 Etappen aufgezeigt. Wir müssen von einer Notplanung über eine Landesplanung zu einer Rahmenplanung kommen. Die Notplanung hat die Aufgabe, die notwendigsten Forderungen der Rationierung zu lösen. Die Hauptaufgabe der Landesplanung wird es sein, den Flüchtlingen Heimat und Lebensmöglichkeiten zu schaffen und einen Ausgleich von Stadt und Land herbeizuführen. Die Rahmenplanung wird als Aufgabe zu lösen haben die Versorgung mit den notwendigsten Massengütern und die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz und der Arbeitsmöglichkeiten.

3. Grundlinien unserer neuen Sozialordnung.

Eine soziale Frage entsteht immer dann, wenn eine Gesellschaftsschicht in ihrer Menschenwürde und in ihrer Freiheitsmöglichkeit beeinträchtigt wird durch irgendeine Lebensmacht. Das kann eine kirchliche Organisation sein oder ein absoluter Staat oder eine Wirtschaftsmacht. Es kann aber auch der totale Staat sein, der Arbeitgeber, Diktator und Polizeimacht in einem ist. Es gibt also viele Formen der Ausbeutung und der Beeinträchtigung von Menschenwürde und Freiheit. Es gibt nicht nur die eine Form der Ausbeutung durch die Wirtschaftsmacht. Das muss grundsätzlich gegenüber dem Marxismus gesagt werden. Es genügt nicht, alles daranzusetzen, die Ausbeutung durch die Wirtschaftskraft zu verhindern, wenn man dadurch Gefahr läuft, durch einen totalen Staats ausgebeutet zu werden. Dann haben sich nur die Formen der Ausbeutung verändert, die Beeinträchtigung der Freiheit und der Menschenwürde ist geblieben. Darum müssen wir unseren Blick weiten und sagen: Die soziale Frage entsteht immer dann, wenn irgendeine Lebensmacht, nicht nur die Wirtschaft allein, sich zum dominierenden Machtfaktor aufwirft und irgendeine Gesellschaftsschicht beeinträchtigt und beschränkt. Es gibt also von daher nicht nur eine soziale Frage, die soziale Frage der Arbeiterschaft, sondern man muss die Augen offenhalten, ob nicht unter der Hand, während man noch von einem anderen redet, eine neue soziale Frage entsteht und damit trotz allen Redens vom Fortschritt als Reaktion gepriesen werden muss. Konkret gesagt, es genügt nicht, sich bloss mit der Arbeiterfrage zu beschäftigen, sondern man muss heute auch die Flüchtlingsfrage sehen, denn die Frage der Flüchtlinge, Umsiedler und Ausgebombten ist die soziale Frage des 20. Jahrhunderts.

Noch einige Ausführungen zu dem Problem, dass wir vor einer Vermassung, vor einer ungegliederten Gesellschaft stehen. Die Vermassung ist eine Folge der Technisierung und Industrialisierung des Daseins seit dem frühen Kapitalismus. Eigentumslosigkeit und Entpersönlichung waren die Folge. Der Mensch wurde entrechtet. Das ist der Mensch der Masse, der Mensch des Proletariats. Wir müssen aber sehen, dass diese Dinge unabhängig von den wirtschaftlichen Faktoren durch den Kollektivismus, durch die Hitlerdiktatur und nicht zuletzt durch die katastrophalen Ereignisse des 1. und 2. Weltkrieges unterstützt und bestärkt wurden. Vor allen Dingen haben die Vorgänge des 2. Weltkrieges eine solche gesellschaftliche Umschichtung und Umwandlung mit sich gebracht, die es uns heute gestattet, von einer klassenlosen Gesellschaft zu sprechen, nicht im idealen sondern im katastrophalen Sinne. Wir in der Ostzone haben eines dem Westen voraus, das ist das Erlebnis der sozialen Umschichtung und aller damit verbundenen revolutionären Vorgänge, die sich abgespielt hatten. Und deshalb können wir nicht davon lassen, nun auch den Blick in sozialer Hinsicht in die Zukunft zu richten und nach neuen Formen der Gesellschaftsordnung auszuschaun. Wir können nicht da anfangen, wo wir 1933 aufgehört haben, sondern müssen spüren, dass inzwischen eine Welt zusammengebrochen ist und dass wir vor der Tatsache einer Neugliederung der Gesellschaft stehen. Es ist eine Tatsache, dass heute 20 Millionen unseres Volkes auf deutschen Strassen umherirren. Dadurch ist eine solche Umwandlung in der Gesellschaft erfolgt, dass wir von deutlich abgegrenzten Schichten unseres Volkes nicht sprechen können. Es ist so, dass wir alle von der gemeinsamen Not gezeichnet sind und dass demgegenüber die Tatsache, dass der eine noch etwas mehr besitzt oder mehr weiss als der andere, eine geringfügige Rolle spielt. Wir müssen davon ausgehen, dass wir alle Menschen sind, dass wir nicht zurück können, weder in interne Klubs noch in frühere Ordnungen und Schichtungen hinein, sondern dass wir eine Neuordnung der Gesellschaft anstreben müssen. Es muss unsere Aufgabe sein, die konkreten sozialen Probleme unserer Gegenwart zu sehen, das sind

1. die Arbeiterfrage,
2. die Flüchtlingsfrage,
3. die Frage der Jugend,
4. die Frage der Frauen.

Arbeiterfrage. Wir müssen uns klar werden über das Wesen der Arbeit, und uns hier deutlich vom Marxismus abgrenzen. Der Marxismus sieht in der Arbeit eine Ware, die auf dem Arbeitsmarkt gegen entsprechendes Entgelt veräußert wird. Das mag unter Umständen zutreffen, ist aber nicht das Wesen der Arbeit, sondern das Wesen der Arbeit ist darin zu sehen, dass sie ein Teil der Persönlichkeit ist und von dem arbeitenden Menschen in keiner Form zu lösen ist. Wenn ich also die Arbeit recht entgelten will, darf ich sie nicht als ein abgelöstes Objekt sehen, sondern muss dahinter den existierenden Menschen und die mit dem Einzelmenschen verbundene Familie sehen. Der gerechte Lohn wird derjenige sein, der diese Faktoren einbezieht und einrechnet. Von daher ist die Arbeit und der Arbeitsvertrag kein kühler Vertrag bloss zwischen Sachen, sondern ein Verhältnis zwischen Menschen, ein Gemeinschaftsverhältnis. Der Arbeiter ist entscheidendes Glied innerhalb des Produktionsprozesses. Es ist also eine angemessene fortschrittliche Forderung unserer Sozialpolitik, wenn wir den Arbeiter nicht nur über die Sozialbelange befinden lassen, die am Rande des wirtschaftlichen Lebens stehen, etwa über die Frage der Arbeiterversicherung usw., sondern ihn auch immer stärker einbeziehen in den Wirtschaftsprozess selber, ihm ein Mitbestimmungsrecht und Mitwir-

kungsrecht am Arbeitsprozess selbst geben und ihm in dem ihm zustehenden Organisationen, in den Gewerkschaften und den Betriebsräten die angemessene Vertretung im Wirtschaftsprozess zubilligen. Wir sehen in den Gewerkschaften und in den Betriebsräten die notwendige Beteiligung der Arbeiterschaft am Wirtschaftsprozess. Die Gewerkschaften sind in diesem Sinne gewaltige Organisationen der Selbsthilfe der Arbeiterschaft und haben sich unserer Auffassung nach zu beschränken auf den wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Sie haben also nicht unangelegentlich und klassenkämpferisch zu suchen und zu streben, eine Partei zu werden und entsprechende politische Forderungen zu stellen, sondern ihren Arbeitsbereich und die Begrenzung ihres Arbeitsbereiches zu sehen und zu erkennen. Für eine einheitliche Gewerkschaft fordern wir vor allen Dingen Überparteilichkeit. Es geht nicht an, wie es etwa hier in Berlin geschehen ist, dass die Gewerkschaft sich z.B. in Fragen der Kulturpolitik als das massgebende Organ äussert, sondern sie haben auch hier die Begrenzung ihres Arbeitsbereiches zu erkennen. Wichtig ist, dass wir immer stärker das Bestreben der radikalen Kreise verhindern, die Gewerkschaften zur Vorhut, zum Vortrupp der klassenkämpferischen Bewegung zu machen. Es muss unser Bemühen sein, den klassenkämpferischen Gedanken immer stärker aus der Gewerkschaft auszutilgen.

Zum Flüchtlingsproblem: Angesichts der Tatsache, dass wir 20 Millionen Flüchtlinge haben, können wir nicht zur Tagesordnung übergehen, sondern müssen diese Frage so bald wie möglich und großzügig lösen, wenn wir nicht vor grossen sozialen Katastrophen stehen wollen. Immerhin könnte sich eine Bewegung von 15 - 20 Millionen zusammenfassen. Wenn wir keinen 5. Stand schaffen und wenn wir die Menschen nicht zur Verzweiflung treiben wollen, sind wir gerade in der Union dazu verpflichtet, in einer großzügigen und umfassenden Weise diesem Problem zu Leibe zu rücken und zu Massnahmen und Forderungen zu kommen auch zunächst innerhalb unserer Union, die nun einmal auch die notwendigen Konsequenzen nachsichziehen.

4. Zum Sozialismus.

Das Wort "Sozialismus" haben wir bisher nicht gebraucht, aber von der Sache "Sozialismus" gesprochen!

Wir müssen erkennen, dass die geschichtliche Verknüpfung von Sozialismus und Marxismus in der Gestalt von Marx und seinen Nachfolgern nicht zu einer Wesensverbindung ausgedehnt wird. Geschichtliche Tatsache ist, dass der Marxismus die historisch wirksamste Form des Sozialismus gewesen ist, ebenso ist es eine Tatsache, dass Sozialismus viel umfassender und weitgreifender ist, als er durch den Marxismus zum Ausdruck kommt. Es gibt vor Marx und nach Marx nicht nur theoretische, sondern auch praktische sozialistische Erscheinungsformen, die sich in grundsätzlichen Punkten vom Marxismus unterscheiden. Es ist so, dass alle Vorläufer zu Marx hin mindestens aus ethischen und ideellen Motiven zu einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vorstiessen, wenn nicht aus christlichen Motiven, sodass uns also vom Marxismus wesentlich der Ansatz- und der Ausgangspunkt unterscheidet und wir durchaus ins Gespräch mit ihm kommen können über die Auswirkungen und über die Konsequenzen und den Ausdruck in der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Es muss festgestellt werden, dass es nach Marx beachtliche Erscheinungen sozialistischer Art gibt, selbst innerhalb des Marxismus oder linksradikaler Parteien, die sich deutlich von den Prinzipien des Marxismus abgrenzen, die den Klassenkampf, Diktatur usw. ablehnen; selbst innerhalb der SED und des Kommunismus gibt es religiöse Sozialisten. Man mag darüber zur Tagesordnung übergehen, es gibt sie jedoch und sie sind zu beachten, sie versuchen,

eine Verbindung auch zwischen Marxismus und Christentum irgendwie zu ermöglichen. Das verpflichtet uns, uns nicht mit einer seichten Formulierung, dessen, was Sozialismus ist, der Klärung der Dinge zu entziehen. Es ist notwendig, die typischen Erscheinungsformen dessen, was Sozialismus ist, zu sehen und sich damit auseinanderzusetzen.

3 Dinge müssen herausgestellt werden, die auf jeden Sozialismus zutreffen, 1. vom Worte her, Sozialismus geht vom Worte "sozial" aus, d.h. der Gesellschaft, der Gemeinschaft, dem Genossen verpflichtet sein und die sozialen Interessen, die sozialen Verpflichtungen vor das eigene Interesse treten zu lassen.

Zum Wesen des Sozialismus gehört eine gemeinsame Erkenntnis, nämlich dass Sozialismus eine sittliche Idee ist. Das muss man in jeder Erscheinungsform finden. Auch im Marxismus geht man davon aus, nach einem sozialen Gerechtigkeitsprinzip Eigentum gerecht an alle Menschen zu verteilen und jeden Menschen in den Genuss von Eigentum zu bringen, ihn zu einem freien Menschen zu machen, jedem also das Seine zu geben, aber nicht das Gleiche. In diesem Sinne des Sozialismus als einer sittlichen Idee können wir ihn unbedingt vertreten. Darin aber erschöpfen sich die Wesenselemente des Sozialismus nicht. Es kommt hinzu und das verdeutlicht das bisher Gesagte, dass es gewisse Fragenkomplexe gibt innerhalb der sozialistischen Fragestellung, die typisch sozialistisch sind, ohne eindeutig marxistisch zu sein, z.B. die Frage der Stellung zur Arbeit oder zum Arbeiter und seiner Eingliederung in den Wirtschaftsprozess.

Typische sozialistische Probleme sind weiter die Fragen nach der öffentlichen Lenkung der Wirtschaft oder der Privatwirtschaft.

Nicht zum Wesen des Sozialismus gehört, dass er sich verbindet mit dem historischen Materialismus, dass er mehr oder weniger deutlich auf dem Boden der Diktatur des Proletariats steht, den Staat als ein Herrschaftsinstrument einer Klasse ansieht usw. Das sind typische Dinge des Marxismus. Das können wir ablehnen. Das braucht uns nicht zu hindern, doch wahrhaft sozialistisch zu sein. Warum und aus welchen Gründen können wir uns und könnten wir christliche Sozialisten nennen? Wir hätten einmal darin einen Grund zu finden, dass wir an die Änderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hintreten nicht von dem dominierenden Faktor der Wirtschaft her, sondern von der Persönlichkeit und aus einer sittlichen Verantwortung heraus. Darum haben wir die Bezeichnung gefunden "Sozialismus aus christlicher Verantwortung". Wir gehen nicht von der Sache, z.B. der Wirtschaft aus, sondern von der Person und versuchen, etwa vom Naturrechtsgedanken die Verbindung zum Sozialistischen zu finden. Aber wir stehen nicht alle in der Union auf dem Standpunkt des Naturrechts. Darum der Vorschlag eines neuen Weges vom caritativen über den sozialen zum sozialistischen Gedanken. Gemeinsam ist uns Christen in allen Verhältnissen die Verpflichtung, dem caritativen Gedanken einen angemessenen Ausdruck in allen Fragen des Lebens zu geben. Das ist unsere Haltung von Mensch zu Mensch. Es können allerdings Notstände auftreten, wo diese Hilfsbereitschaft von Mensch zu Mensch unzulänglich ist, wo soziale Einrichtungen geschaffen werden müssen, wie es im 19. Jahrhundert durch Selbsthilfe der Arbeiterschaft durch Arbeiterschutz usw. geschehen ist. Es können aber auch Notstände auftreten, die es erforderlich machen, nicht nur ein bestehendes Wirtschaftssystem lebendig zu erhalten, sondern eine Umgestaltung der Wirtschaft, eine Neustruktur der wirtschaftlichen Ordnung anzustreben. Dann ist der Schritt getan vom sozialen zum sozialistischen Gedanken.

Alle diese Änderungen an den Zuständen und Verhältnissen gerade in den Fragen der Wirtschaft und der Gesellschaft nützen nichts, wenn sich damit nicht eine Änderung der Gesinnung und der Menschen verbindet.

Jede Reformation, die nicht aufmerksam darauf achtet, dass das zu Reformierende in jedem Augenblick immer der Einzelne ist, ist Selbstbetrug. Es genügt nicht, lediglich die kapitalistische Wirtschaftsform abzuschaffen, wenn wir nicht den kapitalistischen Geist austreiben, wenn wir uns nicht bemühen, alle diese Formen unterzuordnen unter die höheren Werte der Sittlichkeit. Eine Verbindung müssen wir finden zwischen Abendland und Sozialismus. Wir wissen alle, wann wir vom Abendland hier sprechen als von einer geistigen Kraft, von der wir alle abhängig sind. Die Hochzeiten der deutschen und abendländischen Geschichte sind durch christliche Kräfte bestimmt gewesen. Wir fühlen uns dieser Vergangenheit verpflichtet, aber wir wissen auch, dass wir in die Zukunft nicht gehen können ohne die notwendigen Konsequenzen und ohne die notwendigen Erkenntnisse aus der gegenwärtigen Lage, die durchaus revolutionären gesellschaftsumwälzenden Charakter hat, und dass wir hier nicht nur zu neuen Formen der Politik im allgemeinen, sondern auch zu neuen Ausdrucksformen in der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kommen müssen. Darum möchte ich in den Unionsgedanken, der soviel Gehalt und tiefen Sinn hat, diesen Gedanken mit hineinnehmen: Wenn wir eine Union der Stände, Schichten, Konfessionen und eine Union der Generationen sein wollen und sein müssen, müssen wir werden eine Union von Abendland und Sozialismus.

In der anschliessenden Diskussion verliest der Vorsitzende Haunhorst einen Vorschlag für die Gliederung der Diskussion über die wirtschaftlichen und sozialen Fragen, Sie sollen in folgender Reihenfolge behandelt werden:

1. Eigentumsbegriff, (Wirtschaftsordnung, Planwirtschaft, gelenkte Wirtschaft, Bodenreform).
2. Abgrenzung zum Marxismus,
3. Sozialisierung (Soziale Ordnung, Gewerkschafts- und Jugendfragen, auf Antrag Frauenfrage).
4. Christlicher Sozialismus (Notprogramm, praktische Vorschläge).

Der Vorschlag wird angenommen.

Jäger sagt ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Bock, dass wir in der Union auf dem Boden des Naturrechtes stehen. Es beruht auf der Offenbarung der christlichen Idee. Dieses Naturrecht erkennt das positive Recht als irdisches Gesetz an.

Bock: Wir können nicht generell vom Boden des Naturrechtes ausgehen, stehen doch in der Union Menschen, die sich nicht zu ihm bekennen.

Der Versammlungsleiter stellt die Frage, ob einer der Anwesenden nicht auf dem Boden des Naturrechtes steht.

Es wird abgelehnt, über diese schwere religiöse Frage abzustimmen.

Kanzen: Der Begriff des Eigentumsrechtes ist in allen Definitionen, in allen Sparten durchgearbeitet. Jedoch wichtiger als der Begriff des Eigentumsrechtes ist die Eigentumspflicht.

Frl. Deventer unterstreicht die Ausführungen des Vörredners. Sie widerlegt die Ausführungen von Herrn Bock über die Wandelbarkeit des Eigentumsrechtes. Das Eigentumsrecht ist niemals Zeitschwankungen unterworfen. Die Eigentumsordnung ist unbedingt stabil. Die Eigentumspflicht muss vertieft werden.

Bock: Wir müssen unterscheiden zwischen Eigentumsrecht und Eigentumsordnung. Die Eigentumsordnung ist geschichtlich wandelbar. Wohl gibt es für uns ein geltendes Recht was für uns unwandelbar ist.

Herr Jaroni bemerkt, dass das Eigentum nicht nur an das Individuum gebunden ist, deshalb ist eine Eigentumsordnung notwendig. Wir alle sind der Gemeinschaft gegenüber verpflichtet.

Bock: Ziel des Staates muss immer das Gemeinwohl sein, und um des Gemeinwohles willen dürfen wir nicht nur das Recht, sondern müssen auch die Pflicht sehen.

Seibert: Wir müssen eine Formel finden, in der der Missbrauch des Eigentums unmöglich gemacht wird, z.B. dass es nicht mehr möglich ist, dass jemand durch seinen Besitz, sein Eigentum, in der Lage ist, einen Anderen zu erpressen.

Herr Finger meht, dass immer die Persönlichkeit Mittelpunkt bleiben muss und wir nicht das Gemeinwohl darüber stellen dürfen. Allerdings gehört zur Persönlichkeit die Pflicht den anderen gelten zu lassen. Das Recht auf Eigentum ist unveräußerlich.

Six: fasst noch einmal die Meinungen zusammen, indem er erklärt, dass das Recht auf Eigentum jeder Persönlichkeit gegeben ist. Allerdings muss das persönliche Wohl unter dem Allgemeinwohl stehen.

Zu diesem Punkt sind keine Wortmeldungen mehr.

Punkt II

Abgrenzung zum Marxismus.

Six: Einig in der Ablehnung des Marxismus - Für uns ist der Sozialismus eine Wirtschaftsform und keine sittliche Lebensform. Wir müssen eine neue Ordnung schaffen, in der alle Stände ein menschenwürdiges Dasein führen. Der Arbeiterstand ist genau so ein Stand wie alle anderen.

Jaroni: weist noch auf das wichtige Moment des Klassenkampfes hin. Kampf in jeder Form bedeutet Rückschritt. Wenn wir weiterkommen wollen, müssen wir gemeinsam arbeiten.

Krätzdorn: Das Endziel des Marxismus ist die klassenlose Gesellschaft. Das Einsetzen der SED für das kleine Eigentum ist bereits der Beginn zur kollektivistischen Entwicklung. Herr Lorenz weist darauf hin, dass es für uns nicht wichtig ist, was von Marx nicht richtig gesehen wurde. Wir erkennen ihn an als bedeutenden Wissenschaftler, das hindert uns nicht, seine Lehre als Doktrin, als Grundsatzlehre abzulehnen.

Skibowski: Wenn wir uns mit dem von Marx geforderten Sozialismus auseinandersetzen, sind wir entfernt von dem jetzigen Sozialismus, wie ihn Lenin und Stalin gefordert haben.

Herr Seibert bemerkt, dass die Diktatur des Proletariats uns nicht als Demokratie erscheint. Für uns ist der Sozialismus auf die wirtschaftliche und soziale Seite beschränkt.

Gleichauf entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Dr. Six, dass wohl der Arbeiterstand, ein Stand wie alle anderen ist; jedoch dürfen wir nicht in den Fehler verfallen, die Belange der Arbeiter zum Schluss zu behandeln. Wir leben im Zeitalter des Arbeiters.

Dr. Bock: macht klar, dass soziologische Erfahrungen uns zeigen, dass der Arbeiter der erste Mann im Staate ist. Der deshalb an allen führenden Stellen vertreten sein muss.

Dr. Jäger: Es ist uns klar, dass die Epoche des Bürgers vorüber ist, doch dürfen wir den Arbeiter nicht als ersten, sondern als führenden Mann betrachten, steht neben ihm gleich wichtig der Bauer.

Seibert: Wir sind nicht Gegner des Marxismus. Wir wollen ihn überwinden und an seiner Statt etwas Neues setzen. Wir müssen den Arbeitern zeigen, dass wir auf einem besseren Weg, als dem radikalen, ihren Lebensstandard heben wollen.

Luster: möchte anstelle des "Arbeiters" (in diesen Formulierungen) den "Werkstätigen" gesetzt wissen.

Krombach meint, dass der Arbeiterstand mehr als bisher die führenden Männer stellen wird, keinesfalls aber werden sie ausschliesslich die bedeutenden Geister stellen.

Frl. Deventer: Der Marxismus wird überwunden, wenn wir radikalen christlichen Sozialismus leben.

Punkt III

Die Sozialisierung

Kanzen zeigt praktische Wege zur Sozialisierung auf. Er gibt Einblick in den Aufbau zweier Werke in Nordrheinland/Westfalen. Arbeiter stellen zu 50 % den Aufsichtsrat. Es gibt keinen Direktor mehr, nur ein erstes Belegschaftsmitglied. Die Arbeiter werden zu 6/10 am Gewinn beteiligt. Der Geist in diesem Betrieb ist ausgezeichnet. Es gibt keine sozialen Kämpfe mehr, da jeder Arbeiter sich für den Betrieb mitverantwortlich fühlt.

Wilhelm: spricht sich gegen jede Verstaatlichung von Betrieben aus. Eine Vergesellschaftung würde den Monopolkapitalismus genügend verhindern.

Krätzdorn: Der Arbeiter darf nicht nur Geldbesitzer sein, sondern er muss auch Sachbesitzer werden.

Skibowski: Bevor wir sozialisieren, müssen wir erst die Werke technisch gesunden lassen.

Lorenz: bemerkt, dass für uns immer der Grundsatz, die Freiheit der Persönlichkeit gilt, deshalb setzen wir uns auch nur für die Verstaatlichung der Bodenschatzindustrie ein.

Österlein: Die Aussprache hat gezeigt, dass wir uns im Prinzip alle einig sind. Wie die Sozialisierung stattgenommen wird, hängt vom politischen Klima ab. Herr Luster erhebt hiergegen Einspruch.

Seibert: Auch die Verstaatlichung muss dem Betriebsführer die Möglichkeit geben, ohne Staatsbürokratismus wirken zu können.

Jäger: Eine Vergesellschaftung würde verhindern, dass der Gewinn dem Monopol zugänglich gemacht wird.

Sagner stellt den Antrag, die Versammlung zu fragen, ob die Grundstoffindustrie verstaatlicht werden soll.

Krombach weist darauf hin, dass im Ahlener Programm grundsätzlich nur die Vergesellschaftung vorgesehen ist, es sei, dass in besonderen Fällen die Verstaatlichung besser erscheint.

Dr. Bock: Die Verstaatlichung soll sich lediglich auf die Schlüsselindustrien, Bergbau, Bodenschatz, beschränken.

Keller wendet sich gegen die Festlegung der verstaatlichten Industrien. Der Staat soll nur im allerletzten Fall der Träger sein. Herr Lorenz hält es für richtig, dieses zur Klärung einem Ausschuss zu übergeben.

Sagner meint, dass in diesem Ausschuss die gemeinsamen Dinge erarbeitet und zusammengefasst werden sollen.

Der Versammlungsleiter meint, dass dieser Ausschuss ein ständiger sein soll.

Punkt IV Christlicher Sozialismus.

Frl. Deventer: Wir können uns eigentlich über diesen Punkt erst einig werden, wenn wir unsere Stellung zur Sozialisierung festgelegt haben.

? Einen christlichen Sozialismus gibt es nicht. Der Sozialismus ist immer mit dem Marxismus verbunden. Vom Geschichtlichen her ist diese Zusammennennung unmöglich.

Krätzdorn: Wohl können wir über Marx zum christlichen Marxismus gelangen. Aus der Lehre über die praktische Vernunft muss eine geistige Lebensgemeinschaft werden. Viele, die den Christlichen Sozialismus ablehnen, wollen an einer sozialen Reform vorbeigehen.

Herr Jäger wehrt sich gegen letztere Ausführung.

Bereits in der Enzyklika ist vermerkt, dass die Kirche und der Sozialismus unüberbrückbare Gegensätze sind. Wir können nur von einem sozialen Christen sprechen, dann haben wir die richtige Form der Demokratie.

Dr. Bock: Dieses päpstliche Wort ist keinesfalls für alle Zeiten bindend.

Vogelsang: Nie dürfen wir Christen wieder die Schuld auf uns laden, sich um die wirtschaftliche Gestaltung des Landes nicht bekümmert zu haben. Wir haben die Verpflichtung dem öffentlichen Leben gegenüber. Christlicher Sozialismus bildet keinen Widerspruch in sich. Der Sozialismus ist an keine bestimmte geschichtliche Zeit gebunden.

Frl. Deventer: Der christliche Sozialismus ist eine reine Wirtschaftsform. Aber der Sozialismus ist zu einem politischen Schlagwort geworden, was unbedingt mit dem Marxismus verbunden ist. Warum müssen wir es übernehmen?

Jaroni: Der Begriff des Sozialismus ist keinesfalls vom Marxismus gepachtet.

Klauck: Die Grundlage für uns ist selbstverständlich immer das christliche Recht, an zweiter Stelle steht die Demokratie und an dritter Stelle erst der Sozialismus. Der Gebrauch des Wortes christlicher Sozialismus ist kein Diener, den wir machen. Ausgang für all unser Handeln bleibt immer das Christentum.

Luster: Die Diskussion hat ergeben, dass wir uns um eine taktische Frage streiten und nicht um eine grundsätzliche. Wir müssen aber zu einer Klärung kommen, entweder erkennen wir den christlichen Sozialismus an oder nicht, aber es geht nicht, dass uns unsere eigenen Leute entweder aus dem Westen oder dem Osten in den Rücken fallen.

Budach stimmt mit Herrn Luster darin überein, dass es sich um eine faktische Frage handelt. Wir müssen jedoch in der Diskussion verbleiben. Es besteht die Gefahr, dass wir uns durch den christlichen Sozialismus von unserem Grundsatz entfernen. Die soziale Seite muss immer eine Eigenschaft des Christen sein, sie darf deshalb aber auch nur als Eigenschaftswort genannt werden.

Dr. Six: widerlegt eine Äusserung von Herrn Dr. Beck, in der dieser behauptete, die Kirchen hätten versagt. Nicht die Kirchen haben versagt, sondern die Christen. Wir brauchen eine neue Form des Sozialismus. Wir brauchen eine neutrale ökonomische Wirtschaftsordnung. Bei allem kommt es auf den Menschen an, dieser muss reformiert werden.

Es gibt neben dem marxistischen Sozialismus, soviel andere Formen des Sozialismus, dass man bereits gezwungen ist, zur genauen Definierung etwas hinzuzufügen. Wir müssen eine Wirtschaftsänderung aus der Mitte des Christentums schaffen. Wenn wir dies mit dem Wort des Christlichen Sozialismus erreichen, so wollen wir uns nicht um eine andere Prägung bemühen, sie könnte Verwirrung schaffen.

Müller: wehrt sich gegen diesen verschwommenen Begriff. Herr Österlein bemerkt, dass es bereits vor 1933 eine Prägung des christlichen Sozialismus gab.

Dr. Beck: Wir müssen der Realität der Massen Rechnung tragen und ein schlagkräftiges Wort wählen. Das Wort Solidarität hat nicht die Schlagkraft. Er macht dem Westen den Vorwurf, den christlichen Sozialismus zu sehr aus seiner Enge gesehen zu haben. Der Osten musste sich mit der Frage des christlichen Sozialismus mehr auseinandersetzen.

Frl. Dr. Dovifat: Wir wollen uns nicht um Worte streiten, An erster Stelle sollen Taten stehen. Sie meint, dass sich alle mit der Definierung des Sozialismus aus christlicher Verantwortung einverstanden erklären würden.

Dr. Six: weist zurück, dass der Westen sich mit der Materie nicht genügend beschäftigt habe. Wie gründlich man sich damit beschäftigt habe, zeige das Ahlener Programm. Sozialismus ist als Schlagwort ungeeignet, da immer eine Erklärung hierzu notwendig ist.

Hannhorst: schlägt vor, da man zu keiner Einigung über den Begriff gelangt, dies einem Ausschuss zu übergeben, damit eine allgemeingültige Definierung gefunden werden kann.

Lorenz warnt davor, die Formulierung des christlichen Sozialismus nur als Propagandamittel zu benutzen. Wir müssen uns für einen radikalen Lastenausgleich einsetzen.

Sagner stellt den Antrag auf Änderung der Tagesordnung. Wegen der Wichtigkeit der praktischen sozialen Probleme sollen zunächst die äussersten Notmassnahmen beraten werden. Die Mehrheit unterstützt diesen Antrag.

Die Versammlung vertagt sich auf den Nachmittag.

30.5.1947, 15 Uhr

D i s k u s s i o n
- - - - -

Wagner hält es für unverantwortlich, in einer Zeit, da ein Volk aus tiefster Not schreit, sich mit theoretischen Brörterungen aufzuhalten. Wir sind als Delegierte nach hier gekommen, um mit Sachen der Tat zurückzukehren. Bei der Tagesordnung handelt es sich um ein Problem, bei dem es nur darum geht, dass man sich über das Praktische klar wird.

Dr. Six stimmt den Ausführungen seines Vorredners zu. Wir arbeiten nicht nur für die augenblickliche Notlage, sondern für die Zukunft. Wir sind diejenigen, die die Politik in Deutschland machen werden.

Dr. Kretzdorn: Wenn wir an ideale Dinge herangehen wollen, ist Voraussetzung, dass wir die Gesetze der Wirtschaft sowie des sozialen Lebens genau kennen. Die Wirtschaft ist ein verbindender Körper, der nach Gesetzen geht, und diese Gesetze muss man kennen.

Seibert: Wir streiten uns hier um die theoretische Stellungnahme zu irgendwelchen Fragen. Wir sollten uns zum Sprachrohr des Volkswillens machen. Dem Volk will geholfen werden. Wenn wir Politik machen, dann sollten wir uns fernstellen von Parteidoktrinen.

Es wird Antrag auf Schluss der Debatte gestellt. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

- 1) Notprogramm
- 2) Maßnahmen zur Behebung wirtschaftlicher Störungen.

Butterhoff: gibt Kenntnis von einem Gesetzentwurf, der sich mit dem Lastenausgleich befasst, und zwar

- 1) das Recht auf Lastenausgleich
- 2) wieder dieser Lastenausgleich sofort in die Tat umgesetzt werden soll.

Sagner berichtet über das Unionshilfswerk, welches all den Menschen, die in Not sind, die Möglichkeit geben soll, ohne sich an die Partei zu binden, eine Unterstützung zu erhalten. Dieses Hilfswerk soll sich auf weite Volkskreise erstrecken. Es ist beabsichtigt, die Weltweite der Caritasverbände in diesem Unionshilfswerk nutzbar zu machen. Regt an, ein solches Hilfswerk auch in den anderen Zonen einmal ins Auge zu fassen.

Seibert: Es wäre wünschenswert zu erfahren, welches Maß der Produktion als Reparation angerechnet wird. Schlägt vor, an die Alliierten die Bitte zu richten, uns die relativen Zahlen zu geben, die für uns allein maßgebend sind.

Lorenz: Es muss eine Form für den Lastenausgleich gefunden werden in der Form, dass wir für einen Lastenausgleich sind, der auf den bestehenden Besitz zurückgreift, einer Forderung, der sich weite Kreise heute noch verschliessen.

Die Planung des Unionshilfswerks hat eine lebhafte Debatte in Berlin hervorgerufen, so, ob eine solche Organisation notwendig wäre. Man war der Meinung, dass die bestehenden Verbände genügen sollten, um Hilfe zu leisten (Caritas, Evangelisches Hilfswerk). Bei aller Anerkennung der Leistungen dieser Verbände, um die Not zu beheben, sind wir aber der Ansicht, dass diese Verbände nicht ausreichen. Es entstand der Gedanke, eine Art Anschlussverband mit eigenen Finanzen zu errichten. - So wurde in Berlin das "Soziale Hilfswerk" gegründet. Es werden Arbeitskreise errichtet, die sich mit der Vorarbeit beschäftigen. Regt an, ein derartiges Hilfswerk über ganz Deutschland auszubreiten.

Becker berichtet aus Schleswig-Holstein, dass im grossen Rahmen der CDU. das Hilfswerk schon Fuss gefasst hat. Die Amerikaner sind jedoch dagegen, ein solches Hilfswerk mit einer Partei zu verknüpfen. Die Amerikaner wollen helfen, wollen ein solches Hilfswerk aber nicht mit einem Parteinamen verknüpft wissen.

Wilhelm glaubt nicht, dass das soziale Elend, in dem sich das gesamte deutsche Volk befindet, gelöst werden kann allein durch eine solche Maßnahme. Vertritt die Ansicht, dass ein Unionshilfswerk nur eine Wohlfahrtsorganisation darstellt. Es kommt darauf an, der grossen Masse, die nichts mehr hat, schnellstens zu helfen. Das Ausstellen von Bezugsscheinen für eine bestimmte Zeit genügt nicht. - Bei dem vorläufigen Lastenausgleich handelt es sich um eine Maßnahme, die geeignet ist, eine unendliche Menge von Gütern zu erfassen, Güter der einfachsten Art, die für die Lebenshaltung notwendig sind. Bei der Frage des Lastenausgleichs in Bayern ist man von folgenden Erwägungen ausgegangen: Es muss damit gerechnet werden, dass die Menschen nicht von christlicher Hilfsbereitschaft beseelt sind. Ein grosser Teil, der noch im Besitz von Gütern ist, gibt deshalb nichts ab, da, wenn ein Lastenausgleich kommt, sie befürchten, dann nochmals abgeben zu müssen. Es muss daher den Menschen die Gewähr gegeben werden, dass, wenn sie jetzt etwas zur Verfügung stellen, ihnen das angerechnet wird. Das geht über den Rahmen eines Hilfswerkes allerdings hinaus. Es ist dies dann eine Tatsache, die nur durch ein Gesetz gelöst werden kann. Das Gesetz, dass man in Bayern zur Durchführung bringen will, soll eine grundsätzliche Klärung der Lastenausgleichsfrage schaffen.

(Herr Dr. Landsberg wird begrüsst)

Lorenz stellt folgenden Antrag:

1. Problem Lastenausgleich
2. Problem Hilfswerk

zu behandeln. Antrag wird einstimmig angenommen.

Sachsen-Anhalt berichtet, dass das, was aus Bayern vorgebracht wird, sie in Sachsen bereits realisiert haben, und man kann von einem gewissen Erfolg sprechen, jedoch reicht das bei weitem bei diesem Elend nicht aus. Man ist in Sachsen dazu übergegangen, einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach gewisse Gegenstände,

die in Wohnungen überschüssig sind, den Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden sollen. Dieses Gesetz soll in erster Linie dort Anwendung finden, wo keine Spenden gegeben wurden. Verweist ferner darauf, dass zum Teil Gegenstände hergestellt werden, die nicht dringend erforderlich sind. (Zimmerthermometer).

Skibowski regt an, an Stelle von "Flüchtlingen" das Wort "Ostausgewiesene" zu gebrauchen.

Hierzu wird bemerkt, dass dies nicht durchführbar ist, da in anderen Ländern ebenfalls von Ausgewiesenen gesprochen wird. Seitens der SMA. wird nur von Umsiedlern und Neubürgern gesprochen und andere Anwendungen nicht gestattet sind.

Hellwig (Thür.) vertritt die Ansicht, dass Möbel, die auf Böden und Speichern stehen, sofort beschlagnahmt werden könnten. Bei der jetzigen Wohnungsnot ist man auf einen derartig engen Raum angewiesen, dass diese Möbel so schnell doch nicht wieder von ihren Eigentümern benutzt werden können.

Butterhoff hält eine Beschlagnahme für sehr gefährlich, wenn nicht festgelegt ist, in welcher Verfahrensart es geschieht.

Frl. Huber teilt mit, dass sie in Thüringen den gleichen Antrag eingebracht haben wie Sachsen-Anhalt mit der Maßgabe, dass die beschlagnahmten Gegenstände solange Eigentum des Besitzers bleiben, solange die finanzielle Lage ungeklärt ist. Berichtet von einer Sammlung, die seitens der Schuljugend mit gutem Erfolg durchgeführt wurde.

Jaroni stellt, nachdem in grossen Zügen aufgezeigt worden ist, in welcher Form der vorläufige Lastenausgleich sich vollziehen soll, Antrag auf Schluss der Debatte.

Es wird zusammenfassend festgestellt, dass ein Lastenausgleich, und zwar ein freiwilliger evtl. unter Zugrundelegung der Bayerischen Resolution verlangt wird.

Schmidt schlägt vor, dass Bayern das Gesetz allen zugänglich macht, damit sämtliche Vertreter es in ihrem Lande in Vorschlag bringen können.

Neumann richtet die Aufforderung an die Versammlung, in einer Entschliessung an den Kontrollrat heranzutreten, dass die Ostgrenzen mit Vernunft gezogen werden, d.h., dass das Gebiet, das uns von Nutzen ist, zurückgegeben wird.

Hier handelt es sich um ein Problem, das ausserhalb der Geschäftsordnung steht.

Butterhoff weist diesbezüglich auf die Königsteiner Entschliessung hin.

Lundt führt aus, dass er den Auftrag habe, einen Antrag einzureichen zwecks Bildung eines Hilfswerks der JUNGEN UNION Deutschlands und bittet, über den Vorschlag zu diskutieren.

Jaroni (zur Geschäftsordnung). Wenn ein wichtiges Problem, das ausserhalb der Geschäftsordnung steht, berührt wird, glaubt er, dass es seitens der JUNGEN UNION notwendig ist, dazu gesondert Stellung zu nehmen und bittet um Abänderung der Geschäftsordnung.

Lorenz weist darauf hin, dass die JUNGE UNION in Königsstein eine entsprechende Entschliessung gefasst hat, die in den meisten Zeitungen veröffentlicht worden ist. Schlägt vor, dass diese Entschliessung nach Rückgabe gleich wieder bestätigt wird und an

den Kontrollrat geht.

Sagner führt aus, dass die JUNGE UNION nicht die Aufgabe irgend-einer Jugendorganisation hat. In der Ostzone würde man in Konflikt kommen mit Jugendorganisation und Unionshilfswerk. Hälte eine Beschränkung auf das gesamte Hilfswerk für erforderlich.

Skibowski. Hilfswerke, wenn sie nötig sind. Schlägt Patenschaft vor. (Auch die JUNGE UNION ist das Gewissen der Partei).

Hiller (Sachsen-Anhalt) führt aus, dass die Schaffung eines Jugendhilfswerks örtlich verschieden ist. So gibt es in der Ostzone das Werk der Jugend.

Schmidt gibt Kenntnis von den Schwierigkeiten, auf die sie gestossen sind.

Lundt (Bremen): Wenn es möglich ist, ein Hilfswerk der JUNGEN UNION zu schaffen, so regt er an, einen Gesetzesantrag vorzubereiten "Schaffung eines Jugendhilfswerkes". Es wäre für sie in Bremen wesentlich zu wissen, um darauf hinweisen zu können, dass in Bayern, Hessen ein Jugendhilfswerksgesetz der CDU. in Vor-schlag bzw. durchgeführt wurde.

Becker regt an, auf den Antrag aus Bremen einzugehen, weist aber darauf hin, dass wieder einmal eine Gegensätzlichkeit dadurch entstehen könnte, dass einmal die JUNGE UNION und zum anderen die alte Union etwas aufzieht. Schlägt vor, kein eigenes Hilfswerk der JUNGEN UNION zu gründen, sondern die JUNGE UNION soll hineingehen in das Hilfswerk der älteren Parteifreunde.

Jaroni spricht gegen ein Unionshilfswerk und gegen ein Jugendhilfswerk. Begründung: Wir sind eine politische Partei und als solche haben wir politische Aufgaben zu lösen. Die Forderung des Lastenausgleichs geht weit über die Probleme hinaus. Das Unionshilfswerk müsste eine Körperschaft des öffentlichen Rechts werden. Materielle Bedürfnisse können nicht befriedigt werden, weil nichts da ist.

Dr. Kretzdorn: Der Versuch, bei uns einen Sozialausschuss zu gründen, wurde von der Militärregierung nicht genehmigt. Man ging daher zur praktischen Arbeit über. Schaffung einer Küche, Holzaktion, Torfaktion.

Lorenz regt Gründung eines Fonds an, der darauf verwandt wird, Jugendliche in Arbeitsstellen zu bringen. - Hält caritative und politische Arbeit der JUNGEN UNION auf die Dauer nicht für durchführbar.

Sagner vertritt den Standpunkt, dass die JUNGE UNION es als vornehmste Aufgabe ansehen müsse, Hilfe zur Tat werden zu lassen.

Dr. Six beantragt Schluss der Debatte und stellt den Antrag, dass die JUNGE UNION sich darüber einig ist, dass eine politische Partei auch praktische Hilfe leisten muss.

Als Ergänzung wird hinzugefügt, die Anregung der Freunde aus Bayern an 1. Stelle durchzuführen, einen Hilferuf an die Alliierte Kommandantur zu richten.

Antrag wird gegen eine Stimmenthaltung angenommen.

Weitere praktische Vorschläge zum Notprogramm.

Jaroni sieht in dem Abriss von Kasernen wertvollen Wohnraum verlorengehen.

Neumann regt Einbringung eines Antrages an, wonach die Kasernen zu Mietwohnungen umgebaut werden sollten. Es wird eingeworfen, dass es unnötig ist, sich damit zu befassen.

Jaroni hält den Antrag aufrecht.

Wenski (Mecklbg.) berichtet, dass sie in Mecklenburg angeregt hätten, die Kasernen dadurch umzugestalten, d.h. das "Kasernenmässige" umzugestalten, indem aus den einzelnen Blocks einige Teile herausgesprengt wurden, um somit zu erreichen, dass Einzelhäuser entstehen.

Allgemein wird die Meinung vertreten, den Antrag auf Einrichtung der Kasernen zu Mietswohnungen zu befürworten. Praktische Vorschläge werden nicht weiter gemacht.

Zur Frage des Notprogramms wurde vorgeschlagen, die Produktionsgemeinschaften mehr auszubauen. Es wäre eine soziale Grundlage gesichert und vielen Menschen Arbeit gegeben.

Jaroni verweist auf eine Pressenotiz, wonach die sowjetische Administration Schrott angefordert hat. Auch hier müssten schleunigst Maßnahmen ergriffen werden. Sammlung der herumliegenden Sachen zwecks Herstellung von Wirtschaftsartikeln und landwirtschaftlichen Geräten etc. Es gibt ausreichend Zimmerthermometer, aber keine Fieberthermometer etc.

Seibert spricht zur Ernährungslage. Die Ablieferung der Produkte ist von der Militärregierung festgelegt. Die Verantwortung hierfür müsste deutschen Stellen übergeben werden, um eine ausreichende Übersicht zu bekommen.

Es wird eingeworfen, dass es sich hier um ein Sonderproblem der Ostzone handele, in den anderen Zonen sei es anders geregelt.

Jaroni: Wenn es sich hier um ein spezielles Problem der Ostzone handelt und wir uns dadurch die Tatsache entgehen lassen, uns gegenseitig zu helfen, so bin ich dafür, hier eine Resolution zu fassen.

Zur Frage der Bodenreform.

Lenke: Hier ist dem einzelnen Menschen eine gewisse Selbständigkeit zu geben, durch Selbständigkeit den Bauern helfen.

Butterhoff betrachtet es als verfehlt, hier zu einer raschen Entschliessung zu kommen. Eine vernünftige Bodenreform ausprechen und Durchführung durch deutsche Stellen fordern. Alle weiteren Details müssen den Gegebenheiten der Länder überlassen bleiben.

Dufuss: Es geht darum, die Hungerkrise zu überwinden. Jede grundlegende Agrarreform hat einen wesentlichen Rückgang zur Folge.

Die Herren Jakob Kaiser und Ernst Lemmer werden begrüsst.

Der Antrag in der Frage der Bodenreform (bekannt) wird einstimmig angenommen.

Zur Frage der Gewerkschaften.

Hansemann: Die Gewerkschaften sollen mitbestimmend werden im wirtschaftlichen Sektor.

Sie sind die stärkste Gesellschaftsform, die vorhanden ist. Es wird sich mit der Zeit ergeben, dass auch die Gewerkschaften sich in den politischen Raum hineinschieben und bestimmend werden. Bedenverlierung im Osten mehr als in der Westzone. Die Intellektuelle Welt ist nicht gewillt, vitale Interessen zu vertreten. Diese Interessen werden im gewerkschaftlichen Raum verarbeitet.

Jakob Kaiser richtet ausserhalb der Tagesordnung einige Worte an die JUNGE UNION!

KAS-ACDP

Am Samstag, dem 31. Mai 1947 wurde beschlossen, die Tagung am Sonntag, dem 1. Juni 1947 fortzusetzen. Beginn der Sitzung 10.00 Uhr. Mit Absprache des Präsidiums war Fred S a g n e r mit dem Vorsitz betraut worden.

Sagner: ich stelle fest, dass die Versammlung nicht beschlussfähig ist.

Six: ich beantrage, die Beschlussfähigkeit der Versammlung zu erklären.

Dieser Beschluss wird von der Versammlung mit 1 Stimme dagegen, angenommen.

Six: ich bitte Herrn Dr. Bock um Aufklärung, in wessen Auftrage er in seiner Rede in der Taberna über den christlichen Sozialismus gesprochen hat; ob er die Gesamtmeinung der J.U. oder nur seine eigene Meinung vertreten hat.

Bock: Man hatte sich geeinigt, dass man das Wort gebrauchen könne, zweitens waren wir in Berlin und hier hat Herr Kaiser selbst die Linie des christlichen Sozialismus gezeichnet und immer in diesem Sinne gesprochen. Ich habe keine Bedenken gehabt und habe mit Bedacht darüber gesprochen.

Six: Falls Herr Dr. Bock zum Ausdruck bringen wollte, dass es sein persönlicher Standpunkt war, möchte ich diesen Punkt fallen lassen.

Bock: es war mein persönlicher Wunsch.

Six: ich halte fest, dass es der persönliche Standpunkt des Herrn Dr. Bock war und bitte zur Tagesordnung überzugehen.

Frl.

Deventer: ich gebe bekannt, dass Resolutionen vom Jugendausschuss nicht vorliegen.

Wolfgang Seibert gibt die Ergebnisse des Organisations-Ausschusses bekannt:

Im Organisations-Ausschuss haben sich die Teilnehmer dafür ausgesprochen, dass in jedem Quartal ein Rundschreiben zum Austausch von Nachrichten über Veränderungen in den Vorständen, Sekretariaten, über Mitgliedstärke usw. ausgegeben werden soll. Ferner beabsichtigen die Landessekretäre, sich vor der nächsten Tagung noch einmal persönlich auszusprechen zur Klärung organisatorischer Fragen innerhalb der J.U.

Der Organisations-Ausschuss legt ferner 3 Entschliessungen zur Diskussion vor. Die eine Entschliessung ist für die Arbeitsgemeinschaft CDSU bestimmt, während die beiden anderen nur zur Abstimmung für das Plenum bestimmt sind.

1. Die Arbeitsgemeinschaft CDSU hat in ihren Satzungen die Errichtung eines Jugend-Ausschusses festgelegt. Wir konnten uns nicht darüber klar werden, ob der Jugendausschuss das Sprachrohr der jüngeren CDU-Mitglieder oder ob dort die Fragen der Jugendfürsorge- und -erziehung, also Jugendfragen behandelt werden sollen.

Wir sind der Meinung, dass der Jugendausschuss das Sprachrohr der jüngeren Mitglieder der CDU sein soll und schlagen deshalb seine Umbenennung in Arbeitskreis JUNGE UNION vor. Weiter sind wir der Meinung, dass die Arbeitsgemeinschaft etwas langsam arbeitet und wir nicht hoffen dürfen, dass in absehbarer Zeit der Arbeitskreis JUNGE UNION konstituiert wird. Wir wollen aber, dass

die JUNGE UNION auch über die Tagung hinaus ein Gremium hat, das ihre Interessen wahrnimmt. Weiter wollen wir vermeiden, dass zur Vorbereitung der nächsten Tagung ein besonderes Gremium gewählt wird. Der Organisations-Ausschuss schlägt daher vor, bis zur Konstituierung des Jugendausschusses innerhalb der Arbeitsgemeinschaft einen neunköpfigen Ausschuss zu wählen, der die Interessen der J.U. wahrnimmt. Ferner schlägt der Organisations-Ausschuss vor, die nächste Tagung der J.U. im Oktober d.Js. an einem noch zu bestimmenden Ort durchzuführen. Dieser Vorschlag ist nicht einstimmig gefasst worden. Hier stand zur Debatte, ob wir uns im Oktober oder im März n.Js. treffen sollen.

Dufhues: ich möchte mich gegen den Vorschlag regelmässiger Zusammenkünfte der Landessekretäre aussprechen. Organisatorische Fragen sind von grösster Bedeutung. Verantwortlich können derartige Fragen nur durch die Vorsitzenden der Landesverbände behandelt werden.

Salomon: Es ist ja selbstverständlich, dass die Landessekretäre niemals beschlussfähig sind.

Sagner: Es liegt vorerst eine Empfehlung des Organisations-Ausschusses vor:

1. zu einem quartalsmässigen Informations-Austausch der J.U.
2. eine Empfehlung für eine Vorbesprechung vor dem nächsten Zusammentreten der J.U.
3. liegt ein Antrag vor:
 1. über die Namensänderung in der Arbeitsgemeinschaft,
 2. Schaffung eines besonderen Ausschusses.
 3. Zeit- und Ort-Bestimmung der nächsten Tagung.

Sagner: ich stelle Einmütigkeit betr. Informations-Austausch fest.

Dufhues: ich wiederhole meine Bedenken gegen ein Zusammentreffen der Landessekretäre.

Finger: Es handelt sich hierbei nicht um einen Organisations-Ausschuss, sondern um einen Gedankenaustausch über die organisatorischen Einrichtungen bei den einzelnen Sekretariaten der J.U. in den Landesverbänden.

Six: Wir sind uns darüber klar, die Führung der Politik ist nicht Sache der Landessekretäre. Wir sind uns zweitens darüber einig, dass die Landessekretäre zusammenkommen können, so oft sie wollen um Organisationsfragen zu behandeln. Ich würde vorschlagen, das Treffen ist ein inoffizielles Zusammenkommen der Landessekretäre der J.U.

Sagner: erhebt sich dagegen Widerspruch
(Widerspruch erhebt sich nicht)

Sagner: ich gebe hiermit bekannt, dass Frl. Deventer ihren Antrag auf Diskussion über den Christlich-Demokratischen Hochschulring zurückstellt.

Sagner: Wir kommen dann zum nächsten Antrag auf Umänderung des Namens "Jugendausschuss" in Arbeitskreis der J.U.

Six: ich glaube, wir sind in diesem Punkte durchaus einverstanden.
Die Versammlung erklärt sich mit der Umänderung einverstanden.

Dufhues: ich bitte um Feststellung, dass sich dieser Ausschuss auch mit allen Fragen der Jugend befassen wird.

Dagegen erhebt sich Widerspruch und es wird vorgeschlagen, die Kompetenz für die Behandlung von Jugendfragen mit der Arbeitsgemeinschaft festzulegen.

Punkt 3/2 befasst sich mit der Wahl eines neunköpfigen Ausschusses:

Six: im Grunde sind wir uns auch hier wieder einig.

Nach längerer Diskussion werden folgende 9 Delegierte für den Ausschuss vorgeschlagen:

für Rheinland-Westfalen, Niedersachsen-Schleswig	Dr. Six, Wagener
für die Ostzone/Berlin	Sagner, Dr. Bock, Lorenz
für Süd-Württbg.-Baden	Ziegler
für Pfalz	Blettner
für Nord-Württbg.-Baden	Huber, Butterhof.

Dufhues: ich würde es sehr begrüßen, wenn eine Dame im Ausschuss vertreten wäre. Ich schlage deshalb Frl. Dovifat/Berlin vor.

Luster: Die Länder der Ostzone und Berlin verbleiben auf ihrem bisherigen Vorschlag.

Gleichauf: ich möchte den Vorschlag machen, dass der Vertreter der französischen Zone evtl. durch einen Vertreter vertreten werden kann.

Six: ich stimme in diesem Ausnahmefall zu.

Ziegler: als Vertreter der französischen Zone schlage ich Herrn Krezdorn vor.

Jäger: grundsätzlich muss jeder kommen - ist er verhindert, so kann er einen Vertreter schicken
Widerspruch erhebt sich hiergegen nicht - der Vorschlag ist angenommen.

Seibert: der Organisations-Ausschuss schlägt der Tagung vor: Die nächste Tagung der J.U. findet im September/Oktober in den Landesverbänden Hamburg-Schleswig/Holstein statt.

Sagner: ich stelle den Antrag: Sind Widersprüche gegen den neunköpfigen Ausschuss:
ich stelle fest, das ist nicht der Fall, dann sind diese 9 Personen in den Ausschuss gewählt.

Sagner: sind Wortmeldungen zu dem Vorschlag von Herrn Seibert:

Neutzler: ich halte Hamburg-Schleswig/Holstein nicht für geeignet, da die Lage verkehrsmässig nichtzentral genug ist.

Seibert: Die Landessekretäre waren der Meinung, dass die Durchführung einer Tagung nicht allen Landesverbänden möglich sein dürfte; die Landessekretäre Hamburg-Schleswig/Holstein waren der Meinung, dass sie zur Durchführung in der Lage wären.

Sagner: ich möchte die Versammlung fragen, ob wir Zeit und Ort schon festlegen wollen.

Luster: Als Zeitpunkt war in Aussicht genommen - keinesfalls im Winter - im Hinblick auf die Moskauer Konferenz hatte sich der Ausschuss geeinigt, noch in diesem Jahr zu tagen.

Klauck: Es muss berücksichtigt werden, dass evtl. im nächsten Frühjahr Wahlen sind.

Wagener: Wir haben bestimmt im Oktober Nachwahlen und ich schlage daher einen Monat früher als Tagungstermin vor.

Skibowski: ich weiss nicht, ob ein früherer Zeitpunkt angebracht wäre.

Sagner: ich bringe den Antrag zur Abstimmung, ob in diesem Jahr oder im nächsten Jahr die nächste Tagung stattfinden soll.

Der Antrag, dass die nächste Tagung noch in diesem Jahr stattfinden soll, wird

bei 1 Stimme dagegen und
6 Stimmenthaltungen angenommen.

Sagner: Es ist somit Beschluss, die Durchführung der nächsten Tagung den Landesverbänden Hamburg-Schleswig/Holstein zu überlassen.

Dufhues: Wir haben in unseren Entschliessungen bisher nicht an unsere Kriegsgefangenen gedacht. Ich bitte, in einer Entschliessung den Gedanken zum Ausdruck zu bringen, dass wir ihre baldige Rückkehr verlangen.

Prof. Dovifat ergreift zu kurzen Schlussausführungen das Wort:

...Ich übermittele Ihnen hiermit die Grüsse von Jakob Kaiser, dem es durch Verhandlungen mit den Besatzungsmächten nicht möglich war, hierher zu kommen und sich einen Überblick über die Tagung zu verschaffen.

.... Ich danke Ihnen als Angehöriger der alten Generation für den Schwung, der auf Ihrer Tagung herrschte. Kritik zu üben, liegt mir völlig fern, doch würde ich mich freuen, wenn bei der nächsten Tagung die Zusammensetzung etwas mehr auch nach der Seite der Arbeiter, Angestellten und Bauern getroffen würde. ... Noch eine Bitte: Wir wollen uns davor hüten, dass in unseren Reihen um Begriffe Spannungen entstehen die verbittern. Wir scheiden von hier mit dem festen Bewusstsein, dass der grosse Gedanke der Union in Händen liegt, die in wachsender Weise bereit und fähig sind, sie einer neuen Zukunft entgegen zu führen.

Sagner: ich danke Herrn Prof. Dovifat für seine Ausführungen. Ich habe die Spannungen als nicht so schwerwiegend empfunden, als daß sie nicht von uns überwunden werden könnten.

Ich möchte mit diesen Worten somit die Tagung schliessen und nochmals den Delegierten meinen herzlichen Dank für ihr Erscheinen aussprechen.

Six: machte sich zum Sprecher der Versammlung und dankte den Berliner Freunden für die gute Vorbereitung und Durchführung der Tagung.

Pressecommuniquées

Berlin, den 28.5.1947

Die Tagung der JUNGEN UNION wurde heute um 10,00 Uhr im Restaurant Borchert eröffnet.

Peter Lorenz, Leiter des Arbeitskreises der JUNGEN UNION Berlin, begrüßte die Vertreter der Hauptgeschäftsstelle, des Landesverbandes Berlin der Christlich-Demokratischen Union und die Teilnehmer, die aus allen Teilen Deutschlands erschienen sind, um das gemeinsame Wollen der JUNGEN UNION zu erarbeiten.

Der erste Vorsitzende des Landesverbandes Berlin, Dr. Walter Schreiber, gab seiner Freude darüber Ausdruck, dass die JUNGE UNION sich gerade in der Stadt zusammengefunden hätte, die schon immer die Verkörperung des deutschen Einheitsgedankens gewesen sei, da hier Menschen aus allen deutschen Gauen zusammenströmten, um gemeinsam zu leben und zu arbeiten.

Im gleichen Sinne begrüßte Dr. Friedensburg, Stellvertretender Oberbürgermeister von Berlin im Namen des Magistrats. Er sah in ihrer Anwesenheit in Berlin eine Unterstützung der Stadt, die in schwerem Existenzkampf und im Mittelpunkt der Kräfte und Ströme deutschen Lebens steht und eine geschichtliche Verantwortung für das gesamtdeutsche Schicksal trägt. Die ältere Generation schaue mit Sehnsucht auf das, was die Jugend tut und warte darauf, dass sie aus Eigenem in die neue Verantwortung hineinwachse.

Die Grüße von Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, die sich z. Zt. in Hannover aufhalten, um das Gespräch um die nationale Repräsentation wieder aufzunehmen, überbrachte der 2. Vorsitzende des Landesverbandes Berlin der CDU., Herr Dr. Krone. Er wünschte der JUNGEN UNION, dass sie auf ihrer Tagung in Freimut und Offenheit zueinander finden und, getragen von der Verantwortung für unser Volk, der Wille zur Einigkeit wachsen möge.

Berlin, den 29. Mai 1947

Im Harnackhaus wurden gestern nachmittag die Delegierten der Arbeitstagung der JUNGEN UNION Deutschlands von führenden Persönlichkeiten der amerikanischen Militärregierung und ihren Damen empfangen. Mit Freude begrüßten die Gäste aus allen Zonen Deutschlands Botschafter Mr. Murphy, der Fragen aus dem Kreise der JUNGEN UNION beantwortete.

Er sprach von dem Vertrauen, dass die amerikanische Regierung in die deutsche Jugend setze, die in der Zukunft die Verantwortung übernehmen müsse. Es sei Zeit, dass Deutschland auf den richtigen Weg komme, doch zeige sich schon, dass die eingeschlagene Richtung gut sei. Ein wirtschaftlicher Aufschwung könne nur sehr langsam erfolgen, denn man dürfe nicht vergessen, dass dieser Krieg grössere

Verluste und Zerstörungen in allen Ländern hervorgerufen hätte als z.B. der erste Weltkrieg.

Botschafter Murphy glaubt, dass der freie Austausch von Presseerzeugnissen, wie er auf der Moskauer Konferenz beschlossen sei, bald wirksam werde. Eine Verbesserung der Publikationsmöglichkeiten und damit der Unterrichtung des deutschen Volkes sei allerdings erst möglich, wenn die Papierproduktion gesteigert werden könne.

Auf die Ernährungsschwierigkeiten und die möglichen Folgen aufmerksam gemacht, äusserte Botschafter Murphy, dass er wüsste, wie wichtig dieser Punkt sei. Täglich 1550 Kalorien seien die Grenze des Möglichen, Ziel wäre es, die Kalorienzahl zu erhöhen. Die Ausfuhr von Lebensmitteln aus den Vereinigten Staaten nach Deutschland betrage monatlich 300 000 t. Man hoffe, und ein entsprechendes Programm sei ausgearbeitet, dass Deutschland in etwa 3 Jahren in der Lage sein werde, die Lebensmitteleinfuhr selbstständig zu bezahlen.

Abschluss-Kommuniqué der Arbeitstagung der
JUNGEN UNION in Deutschland.

Berlin, den 1. Juni 1947

Das Wollen der JUNGEN UNION

Der JUNGEN UNION ist Politik Ausdruck des sittlichen Strebens der Menschen. Der christliche Politiker bringt Denken und Leben in Einklang.

1. Unter diesem Gesichtspunkt stellte die JUNGE UNION Deutschlands auf ihrer 2. Tagung in Berlin ihr gemeinsames Wollen.

Eine Hauptaufgabe des deutschen Volkes ist die Pflege seiner Kultur. Kulturelle Weiterentwicklung ist nur möglich auf der Grundlage des Rechts in Deutschland und bei allen Völkern. Die JUNGE UNION wünscht Fortfall aller Hemmnisse, die auch einer geistigen Einheit Deutschlands im Wege stehen. Darum bestrebt sie Abstimmung der Schul- und Bildungspläne der einzelnen Länder und Austausch der geistigen Güter und des geistigen Schaffens auch mit dem Auslande.

2. Das deutsche Volk steht am Ende seiner Lebensmöglichkeit. Die JUNGE UNION warnt vor weiteren fruchtlosen Debatten und fordert die soziale Tat. Nur wirtschaftliche Sofortmaßnahmen verhindern eine Katastrophe. In gesetzlich gebundenem Lastenausgleich, Mitbestimmung und Beteiligung des Arbeitnehmers in der Wirtschaft sieht sie wesentliche Punkte der Soforthilfe. Jenseits von Kapitalismus und marxistischem Sozialismus erstrebt die JUNGE UNION eine grundlegende Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, die den Menschen in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens stellt und ihn vor jeder Form der Ausbeutung warnt.

3. Der Schwerpunkt der Tagung lag auf den Beratungen über den staatlichen Neuaufbau Deutschlands. Dabei wurde u.a. folgendes beschlossen:

"Die JUNGE UNION fordert ein einiges Deutschland als demokratischen Bundesstaat. Träger der Staatsgewalt ist das Volk. Die Grundrechte der Person müssen gegen jede Aufhebung und Aushöhlung geschützt werden. Die gesamte Rechtspflege einschliesslich der Arbeitsgerichtsbarkeit muss durch unabhängige auf Lebenszeit berufene Richter ausgeübt werden. Durch Hinzuziehung von Laienrichtern sollen Volk und Rechtspflege miteinander verbunden werden. Die Gesetzgebung liegt ausschliesslich in der Hand der gewählten Volksvertreter. Sie wird durch zwei Kammern, eine Volks- und eine Länderkammer ausgeübt. Die Wahlen zu beiden Kammern erfolgen nach den Grundsätzen des uneingeschränkten Mehrheitswahlrechtes. Nur in diesem Wahlrecht erblickt die JUNGE UNION die Gewähr für eine von verantwortungsbewussten Persönlichkeiten getragene Demokratie."

4. In einer besonderen Entschliessung drückt die JUNGE UNION ihre Verbundenheit mit den noch in Kriegsgefangenschaft lebenden Männern und Frauen aus. Sie bittet die Alliierten nochmals, ihre Rückführung zu beschleunigen.

Die Tagung schloss mit einer Kundgebung, auf der Jakob Kaiser und Vertreter der JUNGEN UNION aus den Ländern sprachen.